

DISS-Journal



35 (2018)



Stell dir vor, es ist Heimat und keiner kommt rein

Nur nicht nostalgisch werden! Ganz kurz könnte der Gedanke kommen: Was waren das für Zeiten, als die CSU-Granden noch mit „Laptop und Lederhose“ Wahlen gewinnen wollten – und nicht mit offen praktizierter Menschenfeindlichkeit.

Das wäre freilich eine romantisierende Zuschreibung. Bereits bei Strauß sollte ja rechts nur noch die Wand kommen, und Analysen zu Flucht und Asyl in den 1990er Jahren zeigten auch schon damals Zusammenhänge zwischen den Verschärfungen des Asylrechts, rassistischen Sagarkeitsfeld-Erweiterungen sowie den Pogromen von Rostock, Mölln und Solingen.

Also alles nichts Neues? Sind Söders „Asyl-Tourismus“, Seehofers Geburtstagsfreude über Abschiebungen in Terror und Krieg, sind die Leichenberge im Mittelmeer, die durch die Kriminalisierung der Seenotrettung noch schneller wach-

sen, nur ein aktualisierter Ausdruck der gleichen Politik, die schon in den 1990ern die Unterkünfte brennen lies?

So einfach wollen wir es uns nicht machen. Stattdessen werfen wir u.a. einen genaueren Blick auf die Kontinuitäten und Vorbilder für Alexander Dobrindts Forderung nach einer neuen „konservativen Revolution“, widmen uns den Strategien und Kämpfen in der AfD, beschäftigen uns mit den neuen deutschen Lager-Plänen und mit den Irrfahrten der zivilen Rettungsschiffe, die nicht nur bei uns ein Déjà-vu der Schande auslösen.

Die Redaktion

IN DIESER AUSGABE

- 2** Dobrindt und die neue konservative Revolution
- 6** Die Sozial- und wirtschaftspolitische Debatte in der AfD
- 8** Der AfD-Richtungsstreit um befristete Beschäftigung
- 11** Rechte Angriffe auf die Gewerkschaft
- 15** AnkER-Zentren: Normalfall Lager?
- 18** Ein Déjà-vu der Schande
- 20** Antiziganismus heute
- 22** Antigenderismus und antimuslimischer Rassismus
- 24** Diskursatlas Antifeminismus
- 25** Unsichere Lebenslagen und Einstellungen zu Zuwanderung
- 28** 200 Jahre Karl Marx
- 35** Anmerkungen zum kommenden DISS-Colloquium

IMPRESSUM

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

ADRESSE

DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg

KONTAKT

Telefon: 0203/20249
 Fax: 0203/287881
 E-Mail: info@diss-duisburg.de
 Homepage: www.diss-duisburg.de
 Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn, Jobst Paul, Rolf van Raden (V.i.S.d.P., Adresse s.o.), Hans Uske

LAYOUT UND SATZ

Rolf van Raden, Hans Uske

SCHUTZGEBÜHR

4 EUR, kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises



Dobrindt, die Achtundsechziger und die neue „konservative Revolution“

von Helmut Kellershohn

Foto: Harald Bischoff (CC BY-SA 3.0)

Einen „kühlen Haudrauf“ nennt die FAZ den Landesgruppenchef der CSU im Bundestag Alexander Dobrindt. Der Seehofer-Vertraute wurde Anfang Juni vorgeschickt, um als Erster von „Zurückweisungen“ an der Grenze zu sprechen. Die Regierungskrise, die er damit einleitete, wurde aber schon Anfang des Jahres durch einen Zeitungsartikel Dobrindts in der Welt intoniert. Dieser Beitrag schaut sich den Artikel etwas näher an.

Als 1994 Wolfgang Schäubles *Und der Zukunft zugewandt* erschien, schrieb der Publizist Warnfried Dettling eine bemerkenswerte Würdigung des Buches: Schäuble „will so etwas wie eine neue konservative Revolution in Deutschland. Mit alten Werten in eine moderne Zukunft. Diesen konservativen Anspruch hat es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben. Politisch, publizistisch und philosophisch hat er sich, von [...] Ausnahmen abgesehen, an die Ränder oder in die Krähwinkel zurückgezogen. Schäuble holt sie zurück zu seiner, wie er es wohl versteht, neuen Mehrheit rechts von der Mitte.“ (Dettling 1994, 154f.) In der Tat profilierte sich Schäuble damals als der neue Vordenker der Unionsparteien. Es war auch notwendig, wollte er doch langfristig Helmut Kohl als Kanzler beerben. Und dazu musste er sich ‚hell-sichtig‘ auf die Probleme und Tendenzen der Zeit beziehen. Es galt die Anforderungen der ‚Wiedervereinigung‘ konzeptionell aufzuarbeiten, daher das Zitat aus der Staatshymne der ehemaligen DDR im Titel seines Buches; und es galt, die damalige ideologische Offensive der Neuen Rechten aufzufangen und die Renaissance nationalistischer Denkfiguren zu reinte-

grieren, um den Führungsanspruch der Unionsparteien zu untermauern. Denn seit Beginn des Jahres 1994 war das Zentralorgan der jungkonservativen Neuen Rechten, die *Junge Freiheit*, als Wochenblatt auf dem Markt; und ebenfalls 1994 erschien im Ullstein-Verlag, damals unter der Verantwortung des nationalliberalen Rainer Zitelmann, der programmatische Band *Die selbstbewusste Nation*, herausgegeben von Heimo Schwillk und Ulrich Schacht. Also Grund genug für eine eigene Programmschrift aus dem Hause Schäuble. Es verwundert nicht, darauf spielte Dettling mit seiner Bemerkung an, dass Schäuble (bzw. seine Ghostwriter) sich ausgiebig der Schriften besonders der jüngeren Generation der Konservativen Revolution bediente, die seit den Gründungstagen der Bundesrepublik versucht hatten, das politische Klima der Republik mitzubestimmen. Ernst Forsthoff und Arnold Gehlen waren hauptsächlich die Ideenspenders für Schäubles Ausführungen.

Abrechnung mit '68

Vierundzwanzig Jahre später, im Januar 2018, greift Alexander Dobrindt zur Feder und veröffentlicht in der *Welt* einen

Essay *Für eine bürgerliche Wende*. Ein seltsamer Titel, heißt es doch direkt zu Beginn: „Deutschland ist ein bürgerliches Land. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land lebt und denkt bürgerlich.“ Warum also eine Wende, wenn es nur eine Minderheit gibt, die nicht bürgerlich denkt? Und sind die damit gemeinten Menschen keine Bürger? Gibt es Bürger, die nicht bürgerlich denken? Was meint Dobrindt überhaupt mit „bürgerlich“? Die LeserInnen werden zu solch kleinlichen Fragen im Unklaren gelassen. Aber man ahnt, worauf Dobrindt hinauswill. „Der Ursprung [aller Probleme; d.Vf.] liegt vor genau 50 Jahren im Jahr 1968.“ Denn: „Damals haben linke Aktivisten und Denker den Marsch durch die Institutionen ausgerufen und sich schon bald Schlüsselpositionen gesichert in Kunst, Kultur, Medien und Politik.“ Seitdem, so Dobrindt, „dominiert in vielen Debatten eine linke Meinungsvorherrschaft ein dieses Schauspiel ertragende bürgerliche Mehrheit.“

Merkwürdig! Seit 50 Jahren lässt sich eine „bürgerliche Mehrheit“ in einem bürgerlichen Land von einer linken, nichtbürgerlichen Minderheit, von den Erben einer damals linken „Elitenbewegung“ bevormunden! So als ob es niemals sechzehn Jahre Helmut Kohl und niemals eine Bundeskanzlerin Angela Merkel gegeben hätte. Wie kann dies sein angesichts einer „linken Revolution der (sic!) Eliten“, die 1968 angeblich stattgefunden haben soll? Ist Dobrindt ein *vir obscurus*?

Leider nicht. Derartige logische Widersprüche und sachliche Ungereimtheiten sind vielmehr unumgänglich, will man, wie Dobrindt, eine spezielle Botschaft an das Publikum übermitteln, die mit ihrer populistischen ‚Verpackung‘ an das Vorbild der AfD anschließt und nach folgendem Muster aufgebaut ist:

(1.) *Delegitimierung*: Die 68er waren keine Repräsentanten des von Populisten so hochgeschätzten Volkes. Sie waren „Meinungsverkünder“, „selbst ernannte Volkserzieher“, aber keine „Bürger-, Arbeiter- und Volksbewegung“. Sie waren Intellektuelle aus „Hörsälen und Redaktionsräumen“, kamen nicht aus „Reihenhäusern und Fabriken“, sie waren zwar „nahe (!) an der Macht, aber sie blieben weit weg von den Menschen“, gewissermaßen eine abgehobene Kaste. Helmut Schelsky sprach 1975 von der *Priesterherrschaft der Intellektuellen*, die die Arbeit anderen überließen. Unlängst mokierte sich *Welt*-Chefredakteur Ulf Poschardt schadenfroh über die „linke Bourgeoisie“ (*Die Welt* v. 30.05.18), die die Arbeiter verloren hätten.

(2.) *Feinderklärung*: Die 68er waren aber nicht nur nicht das, wofür sie sich ausgaben, sondern sie (und ihre Erben im Geiste) verfolgten bzw. verfolgen ihre Ziele in einem quasi-totalitären Modus. Getragen von einem „unverrückbaren Glauben an die eigene moralische Überlegenheit“ haben sie einen „ideologische[n] Feldzug gegen das Bürgertum“ gestartet, „mit dem Ziel der Umerziehung der bürgerlichen Mitte“. Ihr Kampf um „Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Toleranz“, so der „Eindruck“ (!) vieler Menschen, war bzw. ist nur vorgeschoben, in Wirklichkeit ging und geht es ihnen nur darum, dass „nur *eine* Meinung“ obsiegt, nämlich „ihre eigene“.

(3) *Alternative*: Gegen diese Anmaßung gibt es nur eine Alternative, nicht die AfD, sondern: die CSU! Für Dobrindt war und ist sie – von Beginn an – ein „kraftvolles Bindeglied aller gesellschaftlichen Gruppen“, „die erste Volkspartei der jungen Bundesrepublik“ und heute noch „die erkennbare Volkspartei Deutschlands“ mit dem Anspruch der alleinigen Repräsentanz des „demokratischen Spektrums Mitte-rechts“.

Damit schließt sich der Kreis der populistischen Argumentation. Gegen die inkriminierten Usurpatoren der Macht von links – zumindest auf dem Feld der „Meinungsvorherrschaft“ – geriert sich die in Bayern mit absoluter Mehrheit regierende CSU treuherzig als das legitime Sprachrohr des Volkes und der Bürger.

„Linke Ideologien, sozialdemokratischer Etatismus und grüner Verbotismus“ hätten „ihre Zeit“ gehabt, jetzt formiere sich angesichts des „neue[n] Islamismus“ eine „neue Bürgerlichkeit“. Emphatisch heißt es: „Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger. Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik.“

Die konservative Revolution der Bürger

Was bezweckt Dobrindt mit der Rede von der „konservative[n] Revolution der Bürger“? – Wer heute von konservativer Revolution spricht, meint wie deren Protagonisten in den 1920er Jahren eine innenpolitische Konstellation, in der es notwendig sei, das Feld des Politischen mit einer klaren Freund-Feind-Bestimmung zu sortieren. Carl Schmitt sprach von einer „innerstaatlichen Feinderklärung“, ohne die das Politische nun mal nicht auskommen könne. Nach Lage der Dinge war dies damals die Linke in ihren unterschiedlichen Schattierungen. Dobrindt hält sich an diese Vorlage, ganz im Geiste des Übervaters der CSU, Franz Josef Strauß, der 1976 mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus“ in den Wahlkampf zog. Pfiffigerweise beruft er sich aber auf die Formierungen einer (angeblich) „neuen Bürgerlichkeit“, um klammheimlich die Manifestationen des „Wutbürgertums“ á la Pegida als Legitimationsgrundlage für die Ausrichtung der CSU-Politik zu nehmen. Diesen Manifestationen dann das Etikett konservativ-revolutionär ‚aufzukleben‘, um es sich selbst anzueignen,

signalisiert zugleich den Willen, der AfD nicht das Feld zu überlassen, sondern deren Ideologiehaushalt, der bekanntlich in erheblichem Maße durch die Neue Rechte geprägt wird, rhetorisch wie z.T. auch inhaltlich für sich zu reklamieren. Genau hierin ist die Parallele zu Wolfgang Schäubles Programmschrift von 1994 zu sehen. Die alte Devise, es dürfe keine (nennenswerte) Partei oder Parteibildung rechts von der Union geben, bildet wie damals das entscheidende Motiv. Dass dazu gezwungenermaßen Programmelemente der AfD in die eigene Agenda kopiert werden müssen, liegt auf der Hand. Dobrindts jüngste Attacke gegen die „aggressive Anti-Ab-schiebe-Industrie“ bestätigt dies.

Wertkulturpolitik, Marktwirtschaft und starker Staat

Anschließend an Dobrindts ideologiepolitische Aufladung der von ihm geforderten „bürgerliche Wende“ stehen im zweiten Teil seiner Ausführungen deren nähere inhaltliche Bestimmungen, die im Folgenden vorgestellt werden sollen. Die Bezüge zum AfD-Programm (vgl. Kellershohn 2016) sind nicht zu übersehen, dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sowohl Dobrindts Ausführungen als auch die sicherlich radikaleren Forderungen¹ im AfD-Programm einen gemeinsamen Bezugspunkt in der neokonservativen Agenda der 1980/90er Jahre aufweisen (vgl.

1 Zu denken wäre hier etwa an die Haltung der AfD zur EU und zum Euro, zum Islam (als Hauptfeind) oder an die explizit völkischen Elemente im AfD-Programm.

HEIMAT

„Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“

Ernst Bloch, Prinzip Hoffnung

„Freiheit (des Privateigentümers), Familie, Heimat und Vaterland, christliches Abendland, soziale (in Grenzen) Marktwirtschaft, technischer Fortschritt (Gigabitgesellschaft), Mittelstandsorientierung, schlanker/starker Staat sind die begrifflichen Eckpunkte des Programms. Nach links treten, die ‚Mitte‘ ansprechen und nach rechts (AfD) soweit wie möglich integrieren – das ist die Devise.“

Kellershohn 1997). Es wäre einer eigenen Untersuchung wert, *wie* insbesondere Schäubles Programmschrift argumentativ in beiden Texten aufgegriffen wird. Doch nun zu Dobrindt.

Dobrindt aktualisiert erstens das *gemischte* Wertangebot des Neokonservatismus, das die klassisch-liberalen Wertorientierungen und Tugendhaltungen des homo oeconomicus mit restaurativ konservativen Werten zu verbinden sucht. Zweitens reformuliert er die Aufgaben ordoliberaler Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen der Digitalisierung und drittens umreißt er die Aufgaben des „starken Staates“ (autoritärer Etatismus). Auffallend sind dabei immer die Abgrenzungen gegenüber der Linken im Sinne seiner Feindbestimmung und dort, wo es ihm angebracht erscheint, die Abgrenzung gegenüber dem Islam.

1. Wertkulturpolitik

Im Wesentlichen handelt es sich um drei Komponenten. Gegen den „bevormundenden“ Staat – Resultat „links-grüner Ideologien“ – stellt Dobrindt zunächst den eigenverantwortlichen, leistungsbereiten, freien Bürger in den Mittelpunkt: „Wer leistet, muss mehr haben als der, der nicht leistet. Wer nicht leisten will, muss dafür eigenverantwortlich geradestehen.“ Kompensatorisch werden dem vereinzelt Einzelnen zweitens die traditionell konservativen Wertorientierungen angeboten: zunächst auf die *Familie* als „Herzessache und Wiege der Gemeinschaft“ (Linke dagegen „wollen diese Welt tendenziell ideologisch in Gender-Welten umdefinieren, kollektivieren und Staatsinstitutionen familiäre Kompetenzen zuweisen.“); sodann auf die *Nation*, auf „Heimat und Vaterland“ als „Wurzeln unserer Identität“ und auf das „*Nationalgefühl*“ als verbind-

dem Element „alle[r] Gruppen unserer Gesellschaft“. Konservative seien aber keine Nationalisten, sondern „Patrioten ihrer Heimat. Wir lieben unser Vaterland und achten die Vaterländer der anderen.“² Linke dagegen versuchten seit 1968, „den Patriotismus als etwas Böses“ und Heimat „als einen angeblich reaktionären Ort der Engstirnigkeit“ zu diffamieren.

Die dritte Komponente enthält die Besinnung auf den christlichen Wertehorizont, die zwar die Säkularisierung der westlichen Welt für unhintergebar hält, dennoch aber eine „*minima religiosa*“ (Eberhard Jüngel) christlicher Observanz als Bestandteil der Staatsideologie und Staatssymbolik für notwendig hält. In diesem Sinne ist die Rede von der „christlich-abendländischen Leitkultur“, die den „Grundkonsens unseres Zusammenlebens“ bilde. „Das muss jeder akzeptieren, der in Deutschland wohnt“, womit zugleich ausgesprochen ist, dass auch Muslime sich in der Öffentlichkeit daran zu orientieren haben. „Wer dazu nicht bereit ist“ – und z.B. die Kreuzanbringung in Gerichtssälen und Amtsstuben nicht akzeptieren will –, der „kann gehen.“ Auch in Bezug auf Europa wird die „Wertgemeinschaft des Abendlands“ auf die „christlich-jüdische Glaubenstradition“ zurückgeführt, die zusammen mit „Demokratie, Menschenrecht, Freiheit, Recht“ die „Identität Europas“ ausmache. Dies impliziere, darauf legt Dobrindt besonderen Wert, wirksame Grenzziehungen, etwa in Hinblick auf Zuwanderung.

2 Auf Gottfried Kellers „Achte jedes Mannes Vaterland, aber das deinige liebe!“ (Das Fähnlein der sieben Aufrechten) griff auch gerne der ehemalige Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber zurück: „Andere Völker achten wir, unser Vaterland Deutschland lieben wir.“

2. Ordoliberaler Wirtschaftspolitik

Dobrindt fordert „einen wirtschaftlichen Wohlstandsaufbruch in die Gigabitgesellschaft“ und knüpft damit einerseits an das Strauß'sche Diktum an, dass konservativ sein bedeute, an der Spitze des technischen Fortschritts zu marschieren, und das natürlich im Weltmaßstab: „Wer nicht komplett digitalisiert, der verliert.“ Eine „digitale Gründerzeit“ sei daher unumgänglich. Andererseits wird betont, dass sich der technische Fortschritt in den Bahnen der sozialen Marktwirtschaft à la Ludwig Erhard entfalten müsse. Eine Stärkung des Privateigentums, insbesondere für den „wirtschaftlichen Mittelstand“, sei angesagt. Die „soziale Marktwirtschaft“ dürfe „nicht leiden durch einen expansiven Staat oder übermächtige Konzerne“ und erst recht nicht unter den linken Ideen eines „Kollektiv- und Staatseigentum[s]“. Deutschland sei „heute eine der pulsierendsten Volkswirtschaften der Welt“ und müsse das bleiben.

3. Autoritärer Etatismus

Für Dobrindt gilt die alte, von Ernst Forsthoff stammende Unterscheidung von „zuviel“ und „zuwenig“ Staat, auf die sich schon Wolfgang Schäuble 1994 bezog: „Wir haben zuviel Staat in der durch ein problematisches Gleichheitsstreben und fachmännischen Perfektionsdrang ausgeweiteten Gesetzgebung und Verwaltung. Wir haben zuwenig Staat in allem, was die Behauptung unserer äußeren und inneren Sicherheit und Ordnung betrifft, wir haben zuwenig Staatsgesinnung. Wir haben deshalb zuviel und zuwenig Staat – jeweils an der falschen Stelle.“ (Forsthoff 1964, 77)

Auf der einen Seite soll folglich der Staat ‚verschlannt‘ oder zumindest vor weiterer Expansion bewahrt bleiben.

Der Sozialstaat wird wie in der Agenda 2010 nicht als welfare-state, sondern primär als workfare-state verstanden: „Wer nicht leisten kann, den wollen wir unterstützen – und ihn ertüchtigen, wieder Leistungen erbringen zu können.“ In wirtschaftspolitischer Hinsicht soll der Staat im ordoliberalen Sinne „die notwendigen Rahmenbedingungen“ für den „wirtschaftlichen Wohlstandsaufbruch“ setzen, daneben für „faire Bildungschancen sorgen, Arbeitnehmerrechte schützen, für Teilhabe und sozialen Ausgleich sorgen“. Letzteres aber nicht im Sinne einer „staatlich verordneten Verteilungsgleichheit“, sondern nach Maßgabe von „Leistungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit“. Grundsätzlich sei „Maßhalten“ (Austerität) die oberste Devise. „Ungehemmte Staatsschulden und Geldmengenausweitungen“ werden abgelehnt, die EZB-Politik wird entsprechend kritisiert.

Auf der anderen Seite will Dobrindt den „starken Staat, der die Freiheit der Bürger schützt“ – vor Kriminalität aller Art. Ein „durchsetzungsfähiger Rechtsstaat“ müsse mit all seinen Sicherheitskräften gegen „Rechtsextreme, die gegen Ausländer hetzen, linksextreme Hausbesetzer und Steineschmeißer, islamistische Terroristen oder osteuropäische Einbrecherbanden“ vorgehen können. Dafür stehe die CSU, sie sei „an der Seite unserer Polizisten und Sicherheitskräfte“ und verstehe sich als „die Partei von Recht und Gesetz“³. Schließlich sei „Bayern [...] das sicherste Land Deutschlands“.

3 Zum neuen Polizeiaufgabengesetz schreibt Heribert Prantl in einem Kommentar: „Das Gesetz [...] gibt der Polizei Befugnisse, wie sie bisher der Geheimdienst hat. Es gibt ihr Waffen, wie sie das Militär hat. Es gibt Eingriffs- und Zugriffsrechte, wie sie in einem Rechtsstaat nur Staatsanwälte und Richter haben dürfen. Das neue Polizeigesetz macht aus der Polizei eine Darf-fast-alles Behörde.“ (SZ v. 14.05.2018)

Fazit

Soweit also Dobrindts Politikmix. Freiheit (des Privateigentümers), Familie, Heimat und Vaterland, christliches Abendland, soziale (in Grenzen) Marktwirtschaft, technischer Fortschritt (Gigabitsgesellschaft), Mittelstandsorientierung, schlanker/starker Staat sind die begrifflichen Eckpunkte des Programms. Nach links treten, die ‚Mitte‘ ansprechen und nach rechts (AfD) soweit wie möglich integrieren – das ist die Devise. Eckart Loose und Markus Wehner beschreiben diese Strategie der „bürgerlichen Wende“ wie folgt: „Die Union müsse neben der Mitte auch die demokratische Rechte ansprechen und klarmachen, dass die Menschen, die so denken, ‚ihre politische Heimat bei uns haben‘. Dobrindt will, wie man in der Fußballersprache sagen würde, die Räume für die AfD eng machen. Wenn die Union selbst wieder das rechte Spielfeld besetzt, dann bleibt der AfD nur das Ausweichen auf den äußersten rechten Flügel – bis sie dann über die Auslinie hinausläuft und das Spielfeld ganz verlassen muss.“ (FAZ v. 05.06.2018, 3)

Literatur

Detting, Warnfried 1994: Das Erbe Kohls. Bilanz einer Ära, Frankfurt a. Main.

Forsthoff, Ernst 1964: Haben wir zuviel oder zuwenig Staat? [1955], in: ders.: Rechtsstaat im Wandel. Verfassungsrechtliche Abhandlungen 1950-1964, Stuttgart, S. 63-77.

Kellershohn, Helmut 1997: Freier Markt, nationale Gemeinschaft, starker Staat. Die Botschaft des Neokonservatismus, in: Disselnkötter, Andreas u.a. (Hg.): Evidenzen im Fluß. Demokratieverluste in Deutschland, Duisburg, S. 18-41.

Kellershohn, Helmut 2016: Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis. Das ideologische Grundgerüst des AfD-Grundsatzprogramms, in: ders./Kastrup, Wolfgang (Hg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster, S. 14-28.

Kulturkampf von rechts

AfD, Pegida und die Neue Rechte



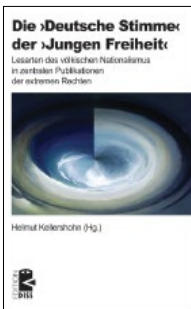
Helmut Kellershohn | Wolfgang Kastrup (Hg.)



Wolfgang Kastrup,
Helmut Kellershohn (Hg.)
Kulturkampf von rechts
AfD, Pegida und die Neue Rechte
Edition DISS Band: 38
Münster: Unrast
244 Seiten, 24 Euro

An Phänomenen wie Pegida und der AfD zeigt sich deutlich der Rechtsruck, der zurzeit durch Deutschland geht. Die Ausbreitung rechter Ideologie in der Mitte der Gesellschaft hat durch die aktuelle Flüchtlingspolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse ist aber nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, diesen Menschen mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) widmet sich dem Thema »Kulturkampf von rechts« in gewohnt kenntnis- und aufschlussreicher Art und Weise.

Mit Beiträgen von Floris Biskamp, Julian Bruns, Marvin Chlada, Sebastian Friedrich, Richard Gebhardt, Kathrin Glösel, Mark Haarfeldt, Alexander Häusler, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, Andreas Kemper, Julia Meier, Jobst Paul, Rolf van Raden und Natasa Strobl.



Helmut Kellershohn (Hg.)
Die ›Deutsche Stimme der Jungen Freiheit‹
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten

Edition DISS Bd. 23
330 Seiten, 28 Euro

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiansätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien.

Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen.

Edition DISS Bd. 28,
288 Seiten, 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Die Sozial- und wirtschaftspolitische Debatte innerhalb der AfD und der Neuen Rechten

von Helmut Kellershohn

Der Einzug der AfD in die Länderparlamente und den Bundestag wirft die Frage auf, inwieweit die AfD über die Bedienung ihrer Schlüsselthemen hinaus über Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik verfügt, die den Rahmen einer neo(national)liberalen Politik sprengen.

Neo(national)liberal meint die Koppelung eines im Kern marktwirtschaftlichen Ansatzes mit Forderungen nach einer Renationalisierung der deutschen Wirtschaft. Allenfalls die Bejahung des Mindestlohns im Grundsatzprogramm 2016 lässt Abweichungen erkennen, die dann im Wahlprogramm 2017 mit der Einführung weiterer sozialpolitischer Forderungen (häufig in Verbindung mit Angriffen auf die Flüchtlings- und Migrationspolitik und deren Kosten) in bescheidenem Maße erweitert werden. Ansonsten beruht die wirtschafts- und finanzpolitische Programmatik der AfD auf einer Radikalisierung der bundesrepublikanischen Austeritätspolitik, sie betont die tragende Rolle mittelständischer Unternehmen für die deutsche Wirtschaft, während eine pronatalistische Familienpolitik weitgehend den Platz einnimmt, der in Parteiprogrammen anderer Parteien einer umfassenden sozialpolitischen Programmatik vorbehalten wäre.

Die Wahlerfolge der AfD bei Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Arbeitslosen einerseits, die gewachsene Bedeutung des völkisch-nationalen „Flügels“ in der AfD andererseits haben freilich dazu geführt, dass sich in der AfD ein Richtungsstreit um die weitere Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt hat. Die vorsichtigen Veränderungen im Wahlprogramm (gegenüber dem Grund-

satzprogramm) waren bereits ein erstes Anzeichen vorhandener gegensätzlicher Positionen innerhalb der AfD. Ende November 2017 verlangte Björn Höcke (trotz vorliegender Programme) eine „Grundsatzdebatte über die Frage, was die AfD will“. Und in demselben Interview kritisierte er die „neoliberale Ideologie“ der Altparteien und forderte ein „klares Profil des solidarischen Patriotismus“, womit er an die alte Formel Franz Schönhubers vom „Sozialpatriotismus“ anknüpfte. In einem Beitrag in der Monatszeitschrift Compact beruft sich Höcke auf die „Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung“, die die AfD „gegen die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus verteidigen“ müsse, wolle sie „eine wirkliche, authentische Volkspartei“, eine Partei der „kleinen Leute“ werden.

Die Konturen eines „solidarischen Patriotismus“ sind, jenseits seines demagogischen und populistischen Potenzials, noch relativ unbestimmt. Höcke selbst stellte Anfang Juni Grundzüge seines Rentenkonzepts vor: Demnach soll das Rentenniveau auf 50 Prozent ansteigen, Eltern sollen stärker von Kindern profitieren, ein Rentenaufschlag soll nur deutschen Staatsbürgern zu Gute kommen, also eine Art zusätzliche Exklusivrente, Kosten insgesamt rund 125 Mrd. pro Jahr. Den marktradikalen Kräften in der AfD passt das nicht. Alice Weidel favorisiert ein Rentenmodell nach Schweizer Vorbild, mit kapitalgedeckten Zusatzversicherungen. Jörg Meuthen, der sein Konzept auf dem demnächst stattfindenden Bundesparteitag vorstellen will, warnt schon mal davor, „Sozialpolitik mit dem Füllhorn“ zu betreiben.

„Man wird die Entwicklung in der AfD dahingehend beobachten müssen, inwieweit sich Elemente von Sozialprotektionismus und Sozialchauvinismus auf programmatischer und praktisch-politischer Ebene etablieren und welche Kompromisslinien sich im Verhältnis zu marktradikalen Kräften in der AfD herauskristallisieren.“

Währenddessen debattieren die rechts-intellektuellen Kräfte aus dem Umfeld des Instituts für Staatspolitik (IfS), die sich bislang als Stichwortgeber des Höcke-„Flügels“ hervorgetan haben, noch auf einer eher abstrakt-theoretischen Ebene, in welche Richtung sich die AfD in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht entwickeln könnte. So forderte etwa Götz Kubitschek, einer der Vordenker der Neuen Rechten und der Identitären Bewegung, reichlich unvermittelt die „Befreiung des Staates [entlang] der Begriffe Verstaatlichung und Konkurrenzlosigkeit“. Der Staat müsse „die Grundversorgung in den Bereichen Verkehr, Bankwesen, Kommunikation, Bildung, Gesundheit, Energie, Wohnraum, Kultur und Sicherheit sicherstellen“. Die Aufgabe laute: „Verstaatlichung bei gleichzeitiger Verschlingung der Bürokratie.“ Eine heftige Kritik aus dem Lager der marktradikalen Neuen Rechten um die Zeitschrift *eigentümlich frei* folgte auf dem Fuß.

Worin liegt die Bedeutung des Richtungsstreits innerhalb der AfD? In einem bemerkenswerten Beitrag in der FAZ (11.06.2018) haben Dirk Jörke und Oliver Nachtwey darauf hingewiesen, dass rechtspopulistische Parteien in Europa ein bestimmtes „Muster“ entwickelt haben, wie sie „Wählerkoalition und wirtschaftspolitische Aussagen aufeinander abstimmen“ können. Die Autoren sehen zwei Varianten. Die erste besteht darin, mittelständische (Klein-)Unternehmer und Globalisierungsverlierer in der unteren Mittelschicht und Arbeiterschaft anzusprechen und gleichzeitig den Ausschluss von Migranten und Migrantinnen von Sozialleistungen zu propagieren. Die zweite Variante besteht darin, in Wahlkämpfen andere Themen

zu priorisieren, um „Menschen mit unterschiedlichen ökonomischen Interessen zu mobilisieren“: Abwehr von Migranten, Islamkritik, Elitenschelte, Wertkulturpolitik.

Jörke und Nachtwey sehen hier in der Wählerschaft eine Aufnahmebereitschaft, die sie als „linksautoritär“ qualifizieren: Ein „nicht geringer Teil“ vertrete „in kulturellen Fragen autoritäre Werte“ und neige „mitunter zu Fremdenfeindlichkeit“, vertrete aber in wirtschaftspolitischer Hinsicht „klassisch linke Positionen“. Diese Konstellation sei bisher im Parteienspektrum nicht repräsentiert gewesen: „Entweder vertraten die Parteien liberale Werte und eine linke Sozialpolitik“ (letztere sei in der Sozialdemokratie „gar nicht mehr so sicher“ vorhanden), „oder aber sie kombinierten ein konservativ-autoritäres Wertverständnis mit einer dezidiert neoliberalen ökonomischen Agenda“. Zusammenfassend lautet die These von Jörke und Nachtwey: „Eine Kombination aus Autoritarismus und linker Wirtschaftspolitik scheint für viele Wähler attraktiv zu sein, vor allem für die Modernisierungsverlierer.“

Geht man von dieser These aus, wird man die Entwicklung in der AfD dahingehend beobachten müssen, inwieweit sich, wie in anderen rechtspopulistischen Parteien Europas, Elemente von Sozialprotektionismus und Sozialchauvinismus auf programmatischer und praktisch-politischer Ebene etablieren werden und welche Kompromisslinien sich im Verhältnis zu marktradikalen Kräften in der AfD herauskristallisieren werden. Des Weiteren wird man sehen müssen, welchen Einfluss die Neue Rechte mit ihren verschiedenen Fraktionen (Institut für Staatspolitik, Junge Freiheit, *eigentümlich frei*) auf die innerparteiliche Debatte nehmen wird.

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)

EDITION
DISS

Jobst Paul, Regina Wamper,
Isolde Aigner (Hg.)

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa

Edition DISS Band: 40

Münster: Unrast

230 Seiten, 24 Euro

In verschiedenen Ländern Europas kam es in den letzten Jahren zu einem massiven Rechtsruck. Nicht nur bei Wahlen gewannen extrem rechte Parteien und Bewegungen an Zuspruch, sondern auch in Form ihrer Präsenz auf der Straße. Diese Entwicklungen spielen sich vor allem ab vor dem Hintergrund verstärkter Fluchtbewegungen nach Europa, der damit zusammenhängenden administrativen Krise sowie im Kontext islamistischer Anschläge wie in Paris oder Brüssel. Ein weiterer Kontext dieses europäischen Rechtsrucks ist zweifellos eine global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die er letztlich weitertreibt. Breite Widerstände bleiben weitgehend aus.

Mit Beiträgen von Jobst Paul, Tino Heim, Margarete Jäger, Regina Wamper, Isolde Aigner, Roisin Ludwig, Helmut Kellershohn, Johannes Richter, Martin Dietzsch, Sebastian Chwala, Cordelia Heß, Lara Schultz, Graeme Atkinson und Stacey Blatt

»Der Sammelband stellt die Frage nach den Faktoren, die die Entstehung der neueren rechten Bewegungen begünstigt haben, aber auch nach Wechselwirkungen und möglichen Gegenstrategien.« der rechte rand, Jan. 2018



Der Richtungsstreit innerhalb der AfD am Beispiel der Bundestagsdebatte um befristete Beschäftigung

von Eddy Scholz

Der innerparteiliche Richtungsstreit über die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der AfD-Fraktion spiegelt sich in tagesaktuellen Debatten des Bundestages wieder. Am Beispiel verschiedener Beiträge der AfD-Fraktion zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen lassen sich die Konfliktlinien zwischen wirtschaftsliberalen und sozialchauvinistischen Gruppen und Vertretern der Partei aufzeigen.

Die Debatte um befristete Beschäftigungsverhältnisse wurde ursprünglich von der Partei „Die Linke“ mit einem Antrag zum Verbot der sachgrundlosen Befristung am 21.02.2018 angestoßen. In ihrem Antrag forderte sie hauptsächlich die Abschaffung der Befristungsmöglichkeit von Arbeitsverträgen ohne Angabe von Sachgründen (vgl. Fraktion Die Linke 2018). Sebastian Münzenmaier von der AfD Fraktion lehnte in der anschließenden Bundestagsdebatte den Antrag aus verschiedenen Gründen ab. Allgemein sieht jedoch auch die AfD befristete Arbeitsverhältnisse kritisch und nur unter bestimmten Umständen vertretbar. Begründet wird dies vor allem mit pronatalistischen Argumenten: So würden befristete Arbeitsverhältnisse eine unsichere Familienplanung bedeuten und zu mehr Schwangerschaftsabbrüchen führen. Wie alle anderen Parteien im Bundestag befürwortet sie ausdrücklich die Abschaffung von sogenannten Kettenbefristungen (dauerhafte, wiederkehrende befristete Beschäftigungen) und die allgemeine Reduktion

von atypischen Arbeitsverhältnissen. Am Ende seiner Rede stellt Münzenmaier einen eigenen Gesetzesentwurf zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes in Aussicht. Er erwähnt drei Vorschläge zur Verringerung dieser Beschäftigungsverhältnisse, die offensichtlich zu diesem Zeitpunkt in der AfD diskutiert wurden:

Erstens sollen alle Befristungen wie die sachgrundlose Befristung behandelt, d.h. auf eine bestimmte Maximaldauer begrenzt und somit Kettenbefristungen verhindert werden, die vor allem bei Befristungen mit Sachgrund auftreten. Der zweite Ansatz sieht höhere Sozialabgaben für die befristete Beschäftigung von Angestellten vor, um die Attraktivität dieses Arbeitsverhältnisses für Arbeitgeber zu verringern. Drittens wird die Möglichkeit zur Diskussion gestellt, dass (nach französischem Vorbild) Arbeitgeber zu Abfindungszahlungen an Arbeitnehmer bei Auslauf des befristeten Vertrages und keiner weiteren Anstellung verpflichtet werden. (Vgl. Deutscher Bundestag 2018a, 1147-1149)

Im dann vorgelegten Gesetzesentwurf vom 24.04.2018 wird deutlich, dass nur einer der drei Vorschläge die innerparteiliche Diskussion überstanden hat. Die Unterscheidung zwischen Befristung mit und ohne Sachgrund soll aufgelöst werden. Der Arbeitgeber muss nun keinen Befristungsgrund mehr angeben, befristete Anstellungen dürfen im gleichen Unternehmen nicht 24 Monate überschreiten und innerhalb dieses Zeitraums nicht mehr als dreimal verlängert werden. (Vgl. AfD-Fraktion 2018)

Die Differenz zwischen dem Redebeitrag von Münzenmaier am 22.02.2018 und dem Gesetzesentwurf vom 24.04.2018 ist ein deutliches Beispiel für die Konflikte zwischen dem sozialchauvinistischen Flügel und den wirtschaftsliberalen Vertretern innerhalb der AfD. In der innerparteilichen Diskussion geht es im Kern um die Frage, in welchem Ausmaß der Staat regulierend in die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingreifen soll. Dies zeigt sich anhand der nicht berücksichtigten Vorschläge von Münzenmaier, die stärker staatsinterventionistische Ansätze erkennen ließen. Im Fall der befristeten Beschäftigungen sollte durch die Erhöhung der Kosten für Unternehmen mithilfe von Sozialabgaben und Abfindungen die Attraktivität dieses Arbeitsverhältnisses für die Unternehmen verringert werden. Diese Vorschläge standen gegen

eine neo- oder ordoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, da sie dem Staat mehr als nur eine reine Ordnungsfunktion zusprechen und direkt den Marktpreis für Arbeitskräfte beeinflussen würden. Diese Eingriffe hätten die Produktionskosten jener Unternehmen erhöht, die Arbeitskräfte befristet einstellen, was auch die von den Wirtschaftsliberalen immer wieder geforderte internationale ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ schwächen würde.

Letztendlich wurden die Vorschläge von Münzenmaier jedoch in der innerparteilichen Diskussion verworfen und der weniger interventionistische Ansatz als Parteiposition festgelegt. Die Abschaffung der Sachgrundprüfung und die Begrenzung der Dauer von befristeten Arbeitsverhältnissen auf 24 Monate zielen vor allem auf die Vermeidung von Kettenbefristungen, weniger auf die allgemeine Reduzierung von befristeten Arbeitsverhältnissen. Dieser Vorschlag erfüllt eher eine Ordnungsfunktion, indem er allein ‚extreme‘ Verwerfungen des Arbeitsmarktes (Kettenbefristungen) zu korrigieren versucht. Direkte staatliche Eingriffe in Arbeitsangebot und Nachfrage finden geringfügiger statt, und es sollen nur jene Unternehmen am Markt eingeschränkt werden, die auch für die Kettenbefristungen verantwortlich sind. Dies wird deutlich, wenn Norbert Kleinwächter, ein Hauptautor des Gesetzesentwurfs, zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Arbeitgebern in Bezug auf die Behandlung von Arbeitnehmern unterscheidet, wobei die ‚Schlechten‘ das Ziel der staatlichen Intervention sein sollen. (Vgl. Kleinwächter 2018)

Die Konfliktlinie

An den unterschiedlichen Auffassungen zur Rolle des Staates zeigt sich demnach die Konfliktlinie innerhalb der AfD um ihre Ausrichtung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die sozialchauvinistischen Kräfte versuchen durch einen Ausbau der Interventionsmöglichkeiten des Staates die Befristung von Arbeitsverhältnissen einzudämmen, wie die Vorschläge aus der Rede von Münzenmaier gezeigt haben. Sie wollen den Staat ‚stärken‘ und seine Kompetenzen im Bereich der Arbeitnehmerrechte erweitern. Jedoch hat die Ausweitung des Kompetenzbereichs des Staates – das ist ein zentraler Punkt – gleichzeitig die Funktion, den Zugang zu sozialen Rechten und Leistungen für Migranten und vor allem Geflüchtete stärker zu begrenzen. Immer wieder wird bei den Vertretern dieses Flügels betont, dass

der Sozialstaat mithilfe eines interventionistischen Staates gegen die angeblich zerstörerische Zuwanderung verteidigt werden müsse. Diese Verknüpfung lässt sich bei wichtigen Vertretern dieses Flügels beobachten, z.B. in Aussagen des Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland (vgl. Deutscher Bundestag 2018c, 2999) oder Jürgen Pohl, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und Gründer von ALARM (Alternative Arbeitnehmervertretung Mitteldeutschland) (vgl. Pohl 2018). Gegen die sozialchauvinistische Position stehen in der Partei die wirtschaftsliberalen Kräfte, die häufig Argumente aus dem rechtslibertären Strang nutzen. Sie kritisieren in der extremen Variante grundsätzlich staatliche Interventionen und befürworten einen Abbau des staatlichen Kompetenzbereichs.

Ein Scheinkompromiss

In der innerparteilichen Debatte um befristete Beschäftigungsverhältnisse hat sich auf den ersten Blick ein Kompromiss zwischen den oben genannten Polen durchgesetzt. Im Vergleich zur Rede von Münzenmaier findet sich zwar ein weniger staatsinterventionistischer Ansatz im Gesetzesentwurf wieder, jedoch versucht die AfD in ihrer Außendarstellung eine arbeitnehmernahe Perspektive einzunehmen. Öffentlich sieht sie befristete Beschäftigungsverhältnisse kritisch und bezeichnet sie als „Horrorvorstellung für Beschäftigte“ (Deutscher Bundestag 2018b, 2810) und als „sozial extrem prekäres Verhältnis“ (Kleinwächter 2018). Auch in der Rede zum Gesetzesentwurf wird vor allem die Arbeitnehmerperspektive in den Vordergrund gestellt. Im Gesetzesentwurf selbst wurde jedoch Abstand von direkten Belastungen/Strafen für Arbeitgeber genommen, gleichzeitig die Unterscheidung

zwischen Beschäftigungen mit und ohne Sachgrund abgeschafft sowie die Maximaldauer von befristeten Beschäftigungen auf 24 Monate begrenzt. Dies soll vor allem Kettenbefristungen verhindern, verringert jedoch durch die Abschaffung der Angabe von Sachgründen auch die Hürde für Arbeitgeber, Personen befristet einzustellen. Dieses Ergebnis wird deshalb augenscheinlich beiden Perspektiven in der Partei gerecht. Der sozialchauvinistische Flügel kann angeben, die ‚extremen‘ Fälle¹ von Kettenbefristungen verhindern zu wollen, und sich somit als ‚soziale‘ und ‚arbeitnehmernahe‘ Alternative für die ‚kleinen Leute‘ darstellen.

Im Blick auf die Praxis zeigt sich jedoch, dass der Gesetzesentwurf an der gegenwärtigen Situation der befristeten Beschäftigungsverhältnisse nicht viel ändern wird und daher eher als ‚Scheinkompromiss‘ zugunsten des wirtschaftsliberalen Flügels bezeichnet werden kann. Erstens müssen Unternehmen nun keine Sachgründe mehr für eine Befristung angeben und können somit auch nicht von Arbeitnehmern auf unbefristete Weiterbeschäftigung verklagt werden. Damit sollen Sicherheiten für Unternehmen geschaffen und gleichzeitig der Aufwand der staatlichen Bürokratie durch den Wegfall der Sachgrundprüfung verringert werden. Zweitens finden sich im Gesetzesentwurf zahlreiche Ausnahmen für „längere Befristungen ohne Grund“, wenn z.B. die Befristung vorrangig der „Qualifikation“ dient oder im Unternehmen weniger als zehn Mitarbeiter angestellt sind. (Vgl. AfD-Fraktion 2018, 3) Diese Ausnahmen ermöglichen es weiterhin in bestimmten

1 Redner der AfD nutzen oft das Beispiel einer Zustellerin bei der Deutschen Post, die in 17 Jahren 88 befristete Verträge erhalten hatte.

Befristete Beschäftigung

Zurzeit müssen laut Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, damit ein Arbeitsverhältnis befristet werden kann. Eine Voraussetzung ist erfüllt, wenn sachliche Gründe die Befristung eines Arbeitsvertrages rechtfertigen. Diese Gründe werden für jeden Fall geprüft und liegen vor, wenn der Bedarf an Arbeitskraft nur vorübergehend besteht, z.B. durch Krankheit eines Mitarbeiters oder projektgebundene Stellen. Grundsätzlich kann ein befristetes Arbeitsverhältnis mit Sachgrund (solange zulässig) zeitlich und mengenmäßig beliebig oft wiederholt werden. Dies wird auch als „Kettenbefristung“ bezeichnet. Zusätzlich ist es möglich, ohne die Angabe von Sachgründen eine Stelle zu befristen, wenn die Befristung die Maximaldauer von zwei Jahren nicht überschreitet und nicht mehr als drei Mal verlängert wird.

Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.)



Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hg.)

Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

2015 Schwalbach: Wochenschau
368 Seiten, 24,80 Euro

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung, Political Correctness oder Schuldskult sprechen?

Die Autor*innen dieses Handwörterbuchs geben hierzu Antworten und zeigen auf, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine extrem rechter Weltanschauungen über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Die Autorinnen und Autoren richten den Blick auch auf die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit extrem rechter Diskurse. Die einzelnen Beiträge zeigen, wie die menschenverachtenden Äußerungen und die damit einhergehenden politischen Forderungen dekonstruiert und kritisiert werden können.

Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft. Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit. Der Band ist Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

Fällen sogenannte Kettenbefristungen durchzuführen, womit de facto durch den Gesetzesvorschlag an der Situation vieler Arbeitnehmer wenig verändert wird.

Fazit

Es zeigt sich, dass die Position der AfD in Bezug auf die Rolle des Staates innerparteilich umkämpft ist. Im Gesetzesentwurf zu befristeten Arbeitsverhältnissen hat sich zwar inhaltlich der interventionkritische wirtschaftsliberale Flügel durchgesetzt, im Gegensatz zur rechtslibertären Argumentation wird hier jedoch nicht angenommen, dass der (Arbeits-) Markt die bestmögliche Allokation schafft, sondern in bestimmten Fällen korrigiert werden muss. Der sozialchauvinistische Flügel muss sich in dieser Frage mit weniger staatsinterventionistischen Elementen zufriedengeben, dominiert allerdings die öffentliche Debatte um den Gesetzesentwurf. So wird behauptet, dass Marktverwerfungen, wie z.B. die Kettenbefristungen, korrigiert und damit Arbeitnehmerrechte gestärkt wurden. Letztendlich wird jedoch deutlich, dass im Gesetzesentwurf die staatlichen Interventionsmöglichkeiten in den (Arbeits-) Markt nicht ausgebaut, sondern bestenfalls auf niedrigem Niveau beibehalten wurden.

Der Ansatz des Gesetzesentwurfs in Bezug auf die Rolle des Staates deckt sich am ehesten mit dem wirtschafts- und sozialpolitischen Konzept von Markus Frohnmaier, dem Sprecher der wirtschaftsliberalen Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel. Er versucht, nach dem Vorbild der FPÖ, ebenfalls durch die Kombination von marktwirtschaftlichen Elementen mit geringfügigen staatlichen Eingriffen die beiden Positionen innerhalb der Partei zu vereinen. (Vgl. Frohnmaier 2017) Inwieweit sich diese Position als Parteiposition in anderen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen durchsetzen wird, ist jedoch fraglich. Vor allem die verworfenen Vorschläge aus dem Redebeitrag von Münzenmaier zeigen, dass

Gruppen in der Partei, insbesondere um den Abgeordneten Jürgen Pohl, einem stärker marktregulierenden Staat nicht abgeneigt sind. In nächster Zeit wird vor allem die Entwicklung eines gemeinsamen Rentenkonzeptes die Konfliktlinien zwischen den beiden Gruppen wieder auftreten lassen.

Quellen

AfD-Fraktion (2018): Drucksache 19/1841. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Hg. v. Deutscher Bundestag. Berlin. Online unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/018/1901841.pdf>, zuletzt aktualisiert am 24.04.2018.

Deutscher Bundestag (2018a): Stenographischer Bericht. 14. Sitzung. Berlin. Online unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19014.pdf>.

Deutscher Bundestag (2018b): Stenographischer Bericht. 29. Sitzung. Berlin. Online unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19029.pdf>.

Deutscher Bundestag (2018c): Stenographischer Bericht. 32. Sitzung. Berlin. Online unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19032.pdf>

Fraktion Die Linke (2018): Drucksache 19/831. Sachgrundlose Befristung verbieten. Hg. v. Deutscher Bundestag. Berlin. Online unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900831.pdf>.

Frohnmaier, Markus (2017): Wohlstand für den Staatsbürger. Die AfD als volkspolitische Partei rechts der Mitte. Online unter <http://www.markusfrohnmaier.de/2017/12/13/wohlstand-fuer-den-staatsbuenger/>.

Kleinwächter, Norbert (2018): Interview zum Änderungsantrag des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Online unter https://www.youtube.com/watch?v=tH0_o0qpNtE.

Pohl, Jürgen (2018): Die AfD die Neue Volkspartei in Deutschland-Redezum 1.Mai in Eisenach. Online unter <https://www.youtube.com/watch?v=LS7Hpch5WM4>.

„Den sozialistischen Auftrag übernehmen, den die Linke verraten hat“

Sozialpopulismus und völkischer ‚Antikapitalismus‘: Rechte Angriffe auf die Gewerkschaften bei der Betriebsratswahl 2018

von Tim Ackermann

Im Kontext der Betriebsratswahlen 2018 haben sich der völkische Flügel der AfD sowie verbündete Netzwerke als „Anwalt der Arbeiter und Sozial-Schwachen“ in der Öffentlichkeit dargestellt. Ziel war es, die Gewerkschaften des DGB mittels der extrem rechten Betriebsratsliste *Zentrum Automobil* herauszufordern und sich über errungene Betriebsratsmandate eine eigene Machtbasis in den Betrieben zu schaffen. Die Agitation erfolgte mit einer rechten, sozialpopulistischen Demagogie sowie einem völkischen ‚Antikapitalismus‘, die sich gegen Gewerkschaften, Kapital und Globalisierung richten. Auch wenn die Erfolge dieser Kampagne überschaubar geblieben sind, stellen die rechten Betriebsräte sowie die Entwicklung einer spezifischen rechten Ansprache abhängig Beschäftigter qualitativ neue Herausforderungen für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dar.

Kampagne „Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze“

Bei den Landtags- und Bundestagswahlen der vergangenen Jahre konnte die AfD überdurchschnittliche Erfolge bei Gewerkschaftsmitgliedern und insbesondere auch bei Arbeitern erzielen. Und das trotz ihrer stark neoliberal orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik (vgl. Ackermann 2017, Dietl 2017). Es lag für (neu-)rechte Akteure also nahe, diese Zielgruppen speziell anzusprechen, um die eigene Position auszubauen. Dabei konnte auf die betriebspolitisch erfahrene Betriebsratsliste *Zentrum Automobil* aus dem Daimler-Werk in Untertürkheim zurückgegriffen werden. Diese ist dort seit dem Jahr 2010 aktiv und stellt seit der Wahl 2014 vier Betriebsräte. Aushängeschild dieser Liste ist Oliver Hilburger, der Grün-

dungsmitglied und fast 20 Jahre Gitarrist der 2010 aufgelösten neonazistischen Band „Noie Werte“ war und dessen Beitrittsantrag zur AfD 2015 abgelehnt wurde, da er der Partei zu weit rechts stand. Das bisherige Betriebsratsgremium des Daimler-Werkes in Untertürkheim hält in einer Stellungnahme fest, dass „fast der komplette Zentrum-Vorstand“ aus Personen besteht, die „sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen.“

Zusammen mit *Zentrum Automobil* und einem breiten Netzwerk extrem rechter Akteure aus dem Spektrum der Neuen Rechten wurde im Dezember 2017 die Kampagne „Werde Betriebsrat – Patrioten schützen Arbeitsplätze“ ins Leben gerufen. In diesem Kontext wurde die Aufstellung eigener Kandidat*innen sowie ‚alternativer‘ Betriebsratslisten propagiert. Die Kampagne wurde von einem breiten Spektrum extrem rechter Akteure unterstützt. So trat Oliver Hilburger noch vor Beginn der Kampagne bei der Konferenz „Opposition heißt Widerstand“ des extrem rechten Monatsmagazins *Compact* von Jürgen Elsässer als Redner auf. Auch bei Pegida in Dresden sowie in Videos der vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären Bewegung konnte er für den Aufbau einer „neue[n] Front zur nationalen und sozialen Befreiung des Volkes“ (Jürgen Elsässer) werben. Daneben unterstützten auch Akteure aus dem Umfeld des neurechten Thinktanks Institut für Staatspolitik um Götz Kubitschek sowie Vertreter sowohl des völkischen Flügels der AfD (insbes. Björn Höcke) als auch der Arbeitnehmerinteressengemeinschaft AVA (insbes. Guido Reil) die Kampagne. Koordiniert und organisatorisch getragen wurde sie von dem extrem rechten Netzwerk *Ein Prozent für unser Land*, das sich

der Vernetzung, Finanzierung und Organisation verschiedener Akteure im Sinne einer extrem rechten ‚Graswurzelbewegung‘ widmet.

Zeitung „Alternative Gewerkschaft“: Sozialpopulistische Demagogie

Aus diesem Spektrum heraus wurde im Januar 2018 auch die Zeitung *Alternative Gewerkschaft* veröffentlicht. In ihr zeigen sich zentrale sozialpopulistische und ‚antikapitalistische‘ Argumentationsmuster dieses Spektrums, die auch in den betriebspolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre von Bedeutung sein werden. Grundlegend ist die eigene Inszenierung als authentischer Anwalt der ‚kleinen Leute‘ und als kompromissloser Fürsprecher der Belegschaften in den Betrieben. Dies erfolgt im Gestus radikaler Kritik an etablierter Politik, Unternehmens- und Konzernpraktiken, der Globalisierung sowie den Gewerkschaften des DGB. Dabei versucht man sich als einzige Alternative und einzig wahre Systemopposition darzustellen.

Aufhänger dafür ist im Wesentlichen eine Kritik an real vorhandenen sozialen Missständen in Gesellschaft und Betrieben. Im gesellschaftlichen Bereich werden insbesondere die Agenda 2010 und Hartz IV, aber auch die ungleiche Vermögensverteilung und die wachsende Schere zwischen arm und reich, die steigende Armutsquote und die Altersarmut sowie Mietsteigerungen und Obdachlosigkeit als Themen aufgegriffen. Im betrieblichen Kontext sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Allgemeinen sowie Leiharbeit und Werkverträge, sinkende Reallöhne und steigende Managergehälter sowie Produktionsverlagerungen in ‚Billiglohnländer‘ die Aufhänger der verschiedenen

Artikel. Die Antwort auf die damit aufgeworfene Soziale Frage ist eine rassistische. Die Geflüchteten würden die sowieso schon schwierige Lage der ‚kleinen Leute‘ durch die gestiegene Konkurrenz um Jobs und Wohnungen noch weiter verschlechtern. Zudem koste die „Masseneinwanderung“ erhebliche Summen an Steuermitteln und höhle den Sozialstaat noch weiter aus.

Auffällig dabei ist, dass schon länger hier lebende oder hier geborene Migrant*innen nicht direkt als solche angegriffen werden. Zwar erfolgt auch hier eine Kritik in Bezug auf Kriminalität und islamistische Radikalisierungsprozesse, aber diese Vorwürfe werden nicht kollektiv erhoben. Stattdessen wird von Migrant*innen geübte Kritik am Zuzug Geflüchteter auch als Beleg für die Richtigkeit der eigenen Politik benutzt. Auch Geflüchtete werden nicht direkt für die Problemstellungen der deutschen Gesellschaft verantwortlich gemacht. Problem sei vielmehr ihre Konkurrenz zu einheimischen Arbeitern, die Kosten, die sie verursachen und dass sie in der Zahl nicht wirtschaftlich integrierbar seien.

Opfer ist immer das Kollektivsubjekt des ‚Normalbürgers‘ bzw. des ‚kleinen Mannes‘. Und Schuld an dessen gegenwärtiger Situation und seiner schlechten

sozialen Lage sei die „korrupte politische Klasse“ und das „Establishment“. Unterstützt von den „obersten Schichten“ (S. 1), die „profitieren und weiter kräftig verdienen“ (ebd.) sowie von karrieristischen „Medienleute[n], Wissenschaftler[n] und vor allem Angehörige[n] der Sozial- und Integrationsindustrie“ (S. 9) würde „die Regierung das hart erarbeitete Geld überall dort aus[geben], wo es definitiv am wenigsten benötigt wird“ (S. 1).

Bemerkenswert ist der Beitrag von Björn Höcke. Unter dem Titel „Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus“ erhebt er den Anspruch, dass die AfD „auch den sozialistischen Auftrag übernehmen [muss], den die Linke verraten hat: Als Anwalt der Arbeiter und der sozial Schwachen die Gegenwehr gegen das internationale Finanzkapital organisieren, das die Völker zerstört“ (S. 9). Hierbei formuliert er einen klassischen völkischen ‚Antikapitalismus‘, bei dem strukturelle Prozesse im Sinne der Marx’schen „Kritik der politischen Ökonomie“ keine Rolle spielen. Stattdessen wird im Wesentlichen mittels personalisierender Argumentationsmuster das absichtsvolle Handeln identifizierbarer Personengruppen kritisiert. Dabei gelangt er begrifflich und logisch zum antiamerikanischen (vgl. Ackermann 2015) und antisemitischen (vgl. Virchow

2015) Kern des völkischen ‚Antikapitalismus‘: Eine kleine Elite – die „Globalisten“, der „Geldmachtkomplex“, eine „kleine Geldmachelite“ (S. 9) – hat das Ziel, die „Völker der Welt“ mittels „ungehemmte[r] Migrationsfreiheit“ zu zerschlagen und die nationalstaatliche Ordnung zu zerstören, um „neoliberale Gedankenmodelle“ durchzusetzen und eine „totalitäre Herrschaft neuen Typs“ (ebd.) zu errichten.

Hauptgegner in der Zeitung sind jedoch die Gewerkschaften des DGB. Nach dem erfolgreichen Muster der ‚Establishment‘-Kritik an den „etablierten Parteien“ und den „Eliten“ erfolgt nun auch die Kritik an den DGB-Gewerkschaften und Betriebsräten: Sie seien zusammen mit Konzernmanagern und Parteien Teil des ‚Establishments‘, wären korruptiert sowie gekauft und würden über Co-Management und als „Instrument der Mächtigen“ (S. 2) die Interessen der Beschäftigten verraten.

Jenseits der genannten Demagogie und Schuldzuweisungen halten sich konkrete Lösungs- oder Verbesserungsvorschläge für die aufgeworfenen sozialen Problemstellungen sehr in Grenzen. Wirtschafts- und sozialpolitisch werden keine Alternativen formuliert, lediglich der Nationalstaat wird als Garant sozialer Schutzrechte sowie Sicherheiten be-



nannt. Auch betriebs- und tarifpolitische sowie betriebsverfassungsrechtliche Ansätze kommen in der Zeitung *Alternative Gewerkschaft* nicht vor. Es werden lediglich die Arbeiter als „patriotische Leistungsträger“ (Jürgen Elsässer) angerufen und man wirbt für sich als Akteur eines neuen Aufbruchs, ohne programmatisch konkret zu werden.

Damit gilt weiterhin, dass die extreme Rechte wirtschafts- und sozialpolitisch abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen materiell nicht viel mehr anzubieten hat als eine Nationalisierung und Ethnisierung der sozialen Frage, sprich eine Schlechterstellung derjenigen, die „nicht dazugehören“. Dem völkischen Flügel der AfD liegt nichts „ferner als Umverteilung von oben nach unten“. Ihnen „schwebt kein Klassenkampf vor, sondern die Betriebsgemeinschaft, in der deutsche Beschäftigte und deutsche Vorgesetzte harmonisch gemeinsam arbeiten, zum Wohle Deutschlands“ (Dörre 2018).

Die Betriebsratswahl 2018

Die vom 1. März bis 31. Mai gehenden Betriebsratswahlen wurden von *Ein Prozent für unser Land* und *Zentrum Automobil* mit hohem propagandistischen und organisatorischen Aufwand angegangen. Neben der erwähnten Zeitung gab es eine Kampagnenhomepage, Videos in den sozialen Medien, Flugblätter, ein „Leitfaden zur Betriebsratswahl“ sowie ein Seminar für Kandidat*innen. Diese Bemühungen wurden von lokalen und überregionalen Medien aufgegriffen und teilweise im Sinne der Selbstdarstellung der extrem rechten Akteure weiter verbreitet. Die Berichterstattung ließ den Schluss zu, dass ein Großangriff von rechts auf die Machtbasen der Gewerkschaften des DGB bevorstehe. Eingetroffen ist das was zu erwarten gewesen ist: Der angekündigte Großangriff ist ausgeblieben. Allerdings konnte die Zahl der extrem rechten Betriebsräte erhöht und damit ‚Brückenköpfe‘ gebildet werden.

Insgesamt konnte das extrem rechte Bündnis 19 Betriebsratsmandate in sieben Betrieben gewinnen. Bei knapp 80.000 Betriebsratsmandaten allein im Organisationsbereich der IG Metall ist dieses Ergebnis quantitativ äußerst überschaubar. Allerdings konnte *Zentrum Automobil* sein bestes Ergebnis in ‚seinem‘ Stammwerk in Untertürkheim einfahren: Hier wurden 13,6% der abgegebenen Stimmen und sechs Mandate erreicht. Offensichtlich hat die Präsenz der extrem rechten Betriebsräte seit nunmehr acht Jahren zu

einer gewissen Verankerung in der Belegschaft geführt. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass die Betriebsratsliste hier 186 Kandidat*innen umfasste. Scheinbar ist die soziale Demagogie und die betriebliche „Kümmerer-Strategie“ (vgl. Express 2018) von *Zentrum Automobil* durchaus in der Lage, eine soziale Basis zu schaffen.

Offen bleibt die Frage, wie viele ‚U-Boote‘ es gibt, die erst nach der Wahl bekennen, wo sie stehen, oder sich gegenwärtig nicht zu ihren Positionen bekennen. Daneben stellt die Existenz von Gewerkschaftsmitgliedern und auch Funktionsträger*innen mit rechtspopulistischen Überzeugungen eine interne Herausforderung für die Gewerkschaften des DGB dar, auch wenn sich diese Haltungen nicht in oppositioneller Betriebspolitik äußern (vgl. Dörre u.a. 2018).

Bemerkenswert ist jedoch, dass sowohl im Daimler-Werk in Untertürkheim als auch in den anderen Betrieben, in denen rechte Betriebsratslisten angetreten sind, deren Mandate nicht auf Kosten der IG Metall-Listen gingen. Trotz gestiegener Wahlbeteiligungen konnte die IG Metall die Zahl ihrer Betriebsratsmandate mindestens halten, wenn nicht sogar weiter ausbauen. Die Zugewinne der rechten Listen gingen auf Kosten „christlicher“ (bspw. CGM) oder unabhängiger Betriebsratslisten. Dabei lagen alle Betriebe, in denen *Zentrum Automobil* angetreten ist, in Baden-Württemberg oder Ostdeutschland und damit in Bundesländern, in denen die AfD große parlamentarische Erfolge insbesondere bei Arbeitern hat erzielen können. Scheinbar fällt die Entscheidung für eine extrem rechte Partei bei parlamentarischen Wahlen erheblich leichter als die Entscheidung für die Wahl einer extrem rechten Liste bei Betriebsratswahlen. Daraus lässt sich zum einen schließen, dass die Entscheidungen von Betriebsräten unmittelbar die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Wähler*innen berühren und man dementsprechend nicht zu schwer kalkulierbaren Experimenten bereit ist. Zum anderen verweist es darauf, dass die Betriebspolitik von IG Metall und den lokalen Betriebsräten durchaus Zustimmung bei den Beschäftigten findet und diese als legitime sowie wirkmächtige Organe der eigenen Interessenvertretung angesehen werden.

Anstehende Hegemoniekämpfe

Der durchaus vorhandene betriebliche Nährboden (Sauer u.a. 2018) und die vorhandenen Tendenzen exklusiver Solidarität (Dörre 2017) stellen dennoch



Jens Zimmermann, Regina Wamper, Sebastian Friedrich (Hg.)
Der NSU in bester Gesellschaft
 Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat
 Edition DISS Band 37
 168 Seiten, 18 Euro

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beiträgen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gürşeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)
Der Kampf um Räume
 Neoliberale und extrem rechte Konzepte
 von Hegemonie und Expansion
 Edition DISS Band 34
 224 Seiten, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, »Europa als hegemoniales Raumkonzept«, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn,
 Wolfgang Kastrop (Hg.)
Kapitalismus und / oder Demokratie?
 Beiträge zur Kritik „marktkonformer“
 Demokratieverhältnisse
 Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
 140 Seiten, 18 Euro.

Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus. und thematisiert dabei auch die Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft.

Andockstellen für einen rechten Sozialpopulismus mit dem Ziel einer ‚patriotischen Solidarität‘ (Björn Höcke) dar. In den kommenden vier Jahren werden entscheidende Weichen dafür gestellt, ob die extreme Rechte es schaffen wird, sich eine betriebliche soziale Basis zu schaffen und diese über Betriebsratsmandate zu vertreten, oder ob die DGB-Gewerkschaften ihre Hegemoniestellung in Bezug auf die authentische Interessenvertretung der Belegschaften aufrechterhalten können: „Die Gefährlichkeit des rechtspopulistischen Konkurrenten zu unterschätzen hieße, die Existenz der Gewerkschaften als wirkungsmächtige Solidaritätsverbände zu riskieren“ (Urban 2018, 112).

Der DGB hat sich auf seinem 21. Bundeskongress im Mai 2018 zu seinen antifaschistischen Wurzeln sowie zum Antifaschismus als Grundpfeiler gewerkschaftlicher Arbeit bekannt und seine antifaschistische Bündnisarbeit bekräftigt. Damit hat er ein deutliches Signal dafür gesetzt, dem Rechtsruck in Betrieben und Gesellschaft entgegenzutreten zu wollen. Neben der gesellschaftspolitischen Bündnisarbeit wird dies auch eine Verstärkung der organisationspolitischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit – insbesondere in den Betrieben mit rechten Betriebsräten – erfordern. Zugleich gilt es allerdings auch, der Ausbeutung der sozialen Unzufriedenheit weiter Teile der Belegschaften durch die extreme Rechte entgegenzutreten und emanzipatorische Deutungsmodelle betrieblicher wie gesellschaftlicher Verhältnisse zu verankern. Dazu gehört zum einen auf gesellschaftspolitischer Ebene die Einforderung sozialpolitischer Reformen, die soziale, kulturelle und politische Inklusion zum Ziel haben. „Denn ohne das Soziale keine Demokratie“ (Urban 2018, 109). Zum anderen beinhaltet dies auch eine beteiligungsorientierte Betriebs- und Tarifpolitik, die den vorhandenen betrieblichen Nährboden exklusiver Solidaritätstendenzen eindämmt und zeigt, dass nicht Ausschluss und Hetze, sondern solidarische Organisation Lebens- und Arbeitsverhältnisse verbessert. Die Tarifrunde der IG Metall zu Beginn des aktuellen Jahres, bei der ca. 1,5 Millionen Beschäftigte sich an Warnstreiks beteiligt haben und bei der substanzielle Erfolge in Bezug auf Lohnsteigerungen sowie eine selbstbestimmtere Gestaltung der Arbeitszeit erreicht wurden, ist dabei ein gutes Beispiel für eine solidarische Interessenpolitik.

Literatur und Quellen

Ackermann, Tim 2017: Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AfD und ihre ordoliberalen Grundlagen, in: Allmendinger, Björn u.a. (Hg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft, Hamburg, S. 126-137.

Ackermann, Tim 2015: Art. „USA“, in: Gießelmann, Bente u.a. (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach/Ts., S. 298-314.

Betriebsrat Daimler-Werk Untertürkheim 2018: Erklärung des Betriebsrates Werk Untertürkheim und Entwicklung Pkw.

Ein Prozent e.V. 2018: Alternative Gewerkschaft - Kollegen, wir müssen reden! Es ist Zeit für die Wende! Oybin.

Dietl, Stefan 2017: Die AfD und die soziale Frage – Zwischen Marktradikalismus und „völkischen Antikapitalismus“, Münster.

Dörre, Klaus 2016: Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen, online unter: www.theoriekritik.ch/?p=2833 (Abruf: 22.2.2017).

Dörre, Klaus u.a. 2018: Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie, online unter: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z> (Abruf: 01.06.2018).

Express 2018: „Wenn mein blauer Arm es will...“. Gespräch mit André Kaufmann über „Zentrum Automobil“ und rechte „Alternativen“ in Betrieben, in: express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit Nr. 01-02/2018.

Frankfurter Rundschau 2018: AfD in den Betriebsräten – „Völkische Ideologie ist ein Sprengsatz für Solidarität“, online unter: <http://www.fr.de/wirtschaft/afd-in-den-betriebsraeten-voelkische-ideologie-ist-ein-sprengsatz-fuer-solidaritaet-a-1459378,0> (Abruf: 01.06.2018).

Sauer, Dieter u.a. 2018: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.

Urban, Hans-Jürgen 2018: Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 03/2018, S. 103-112.

Vichow, Fabian 2015: Art. „Kapitalismus“, in: Gießelmann, Bente u.a. (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach/Ts., S. 186-198.



AnkER-Zentren: „Normalfall“ Lager? Die Institutionalisierung der Abgrenzung

von Sascha Schießl, Flüchtlingsrat Niedersachsen

Die große Koalition plant die flächendeckende Kasernierung von Schutzsuchenden: Nach bayerischem Vorbild sollen Flüchtlinge vom ersten Tag an für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens in Lagern, so genannten „AnkER-Zentren“, untergebracht werden. Dies folgt einer politischen Agenda, die im Umgang mit Geflüchteten nur mehr auf Kontrolle, Ausgrenzung und Abwehr setzt und sich den Abbau eines vermeintlichen Vollzugsdefizits bei Abschiebungen zur handlungsleitenden Maxime erkoren hat.

In ihren verschiedenen Ausformungen und unter unterschiedlichsten Bezeichnungen – Ankunftszentren, Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte, Containersiedlungen und bald wohl auch „AnkER-Zentren“ – sind Flüchtlingslager in beinahe jeder bundesdeutschen Kommune zu finden. Zeitweise wurden sogar Turnhallen, Flugzeughangars oder ehemalige Baumärkte zu Lagern umfunktionierte. In anderen Teilen der Europäischen Union ist die Situation kaum anders. Im nordfranzösischen Calais bestand ein als „Dschungel“ bezeichnetes Camp, in dem insbesondere minderjährige Flüchtlinge unter elenden Bedingungen hausten, während sie auf die Chance hofften, von dort aus nach Großbritannien zu gelan-

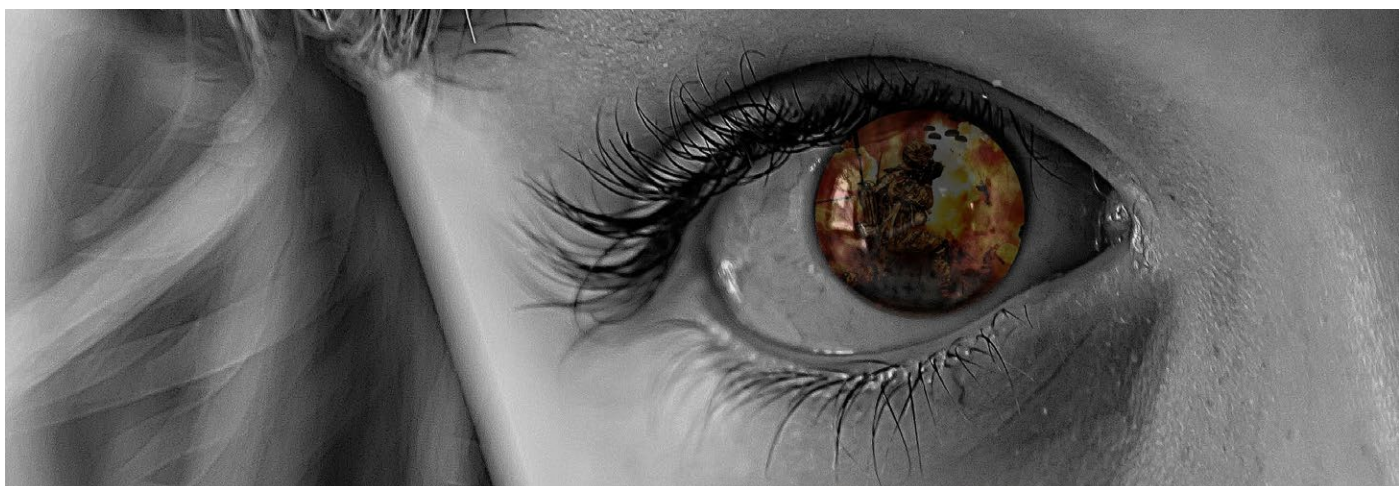
gen. Entlang der Balkanroute verharren tausende Menschen in überfüllten Lagern und warten darauf, dass sich die Grenzen nach Westeuropa wieder öffnen. Das Moria-Camp auf Lesbos, ein sogenannter Hotspot der Europäischen Union, ist dramatisch überbelegt. Mehrere tausend Menschen sind dort unter widrigsten Bedingungen untergebracht.

Angesichts der enormen Zahl an Lagern mitten in Europa hat in den letzten Jahren ein Gewöhnungs- und Abstumpfungsprozess eingesetzt. Die Gewöhnung an die Institution Lager hat angesichts eines sich in weiten Teilen Europas vollziehenden Rechtsrucks unmittelbar politische Folgen: Flüchtlingslager werden nicht mehr als humanitäre Notbehelfe

betrachtet, sondern von Regierungen zu dauerhaften Einrichtungen einer sich verschärfenden Flüchtlings- und Asylpolitik ausgebaut. Lager sind damit Orte der Verwahrung, Verwaltung und Abwehr von Menschen.

Als Flüchtlingslager können alle Einrichtungen verstanden werden, in denen Menschen, die auf der Flucht sind, vorübergehend untergebracht werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Unterbringung auf einer freien Entscheidung des Aufnahmestaats beruht oder widerwillig erfolgt. Für den Blick auf die Institution Lager ist es außerdem unerheblich, aus welchen Gründen Menschen zu Flüchtlingen wurden. Flüchtlingslager sind – historisch betrachtet – keine ständigen Einrichtungen eines Staates, sondern entstehen als Notbehelfe in einer Ausnahmesituation. Sie sind ihrer Struktur und ihrem Zweck nach Institutionen auf Zeit.

In den gegenwärtigen europäischen Flüchtlingslagern leben vor allem jene Menschen, denen der jeweilige Aufnahmestaat keinen gesicherten Aufenthaltsstatus zubilligt und zubilligen will, die sich also nicht frei im Land bewegen und niederlassen dürfen. Ein Teil der La-



ger entsteht daher entlang der Grenzen, wo sie eine Kontroll- und Abwehrfunktion erfüllen und Teil des europäischen Grenzregimes sind. Bei anderen Lagern ist die Unterbringung die zentrale Funktion.

Lager sind Orte sozialer Kontrolle. Diese ergibt sich aus der Unfreiwilligkeit des Zusammenlebens, der fehlenden Privatsphäre, der Anwesenheit von Sozialarbeiter*innen, Sicherheitsbediensteten und Behördenvertreter*innen und den daraus resultierenden Hierarchiegefällen. Behörden und NGOs bieten in Flüchtlingslagern zwar wohlfahrtsstaatliche Unterstützung unterschiedlichen Umfangs, zugleich sind die Lager aber konkrete Orte staatlichen Ordnungstrebens. So gehen mit dem Lageraufenthalt in der Regel weitere Restriktionen einher. Dabei kann es sich um Arbeits- und Schulverbote handeln, oft ist das Essen fremdbestimmt, Datenschutz und Privatsphäre werden missachtet, darüber hinaus ist die politische Betätigung oder die Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten eingeschränkt oder verboten. Überdies finden in diesen Einrichtungen, obwohl hier oft hunderte, mitunter tausende Menschen auf beengtem Raum zusammenleben, Konfliktprävention und Gewaltschutz nur selten gebührende Aufmerksamkeit.

In Lagern wird nicht gewohnt

Angesichts dieser Bedingungen wird ersichtlich, dass in Flüchtlingslagern nicht gewohnt wird. Die in den Lagern Untergebrachten haben nicht die Möglichkeit, ihr Leben und ihren Lebensmittelpunkt frei und selbstbestimmt zu gestalten. Sie gewöhnen sich in der Unterkunft nicht ein, weil sie wissen und, was wichtiger ist, hoffen, dass sie im temporären Lager nur für eine begrenzte und überschaubare Zeit leben werden. Das gilt auch für Institutionen, in denen Geflüchtete über eigene

Wohnbereiche verfügen. Flüchtlingslager können folglich lediglich eine Möglichkeit sein, um auf eine Ausnahmesituation, etwa eine humanitäre Krise, zu reagieren. Werden solche Notbehelfe aber zu Dauerinstitutionen, werden die dort Untergebrachten mehr und mehr marginalisiert und ihr prekärer Status wird perpetuiert.

Lager sind Symbole der Abgrenzung

Hotspots wie Moria zeigen, dass Flüchtlingslager weit mehr sind als bloße Orte der Unterbringung und Versorgung. Lager waren und sind in aller Regel auch Orte der Kontrolle, der Prüfung und der Abweisung. Gerade in der gegenwärtigen Debatte und dem Schwenk von der „Willkommenskultur“ zur Beschwichtigung besorgter Bürger*innen werden Lager funktional aufgewertet und zu wesentlichen Instrumenten der deutschen und europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Zum einen dienen Hotspots an den europäischen Außengrenzen der Abschreckung: Seit Jahren sind sie erbärmlich ausgestattet. Weitere Flüchtlinge sollen sich möglichst gar nicht auf den Weg machen, weil ihnen dann, so die Botschaft, ein Leben in schäbigen Camps bevorstehe. Durch den Umstand, dass diese Lager provisorische Einrichtungen sind und bleiben und ihre baulichen und hygienischen Standards deutlich hinter den Normen der jeweiligen Gesellschaft zurückfallen, zeigt der aufnehmende Staat zugleich, dass für jene, die dort untergebracht sind, keineswegs dieselben Regeln gelten wie für alle anderen Menschen. Die Unterbringung im Lager und die damit verbundenen Restriktionen werden so zu Symbolen der Abgrenzung.

Zum anderen werden sowohl in Hotspots wie Moria als auch und in den deutschen Erstaufnahmeeinrichtungen Verhandlungen über Aufnahme und Ab-

weisung geführt und Statusfragen vorentschieden. Genau aus diesem Grund müssen (in aller Regel) nur jene Menschen in Lagern leben, deren Status, Berechtigung und mitunter auch Gesinnung die jeweilige Gesellschaft zunächst kontrollieren und prüfen will.

Flüchtlinge unterliegen der Verpflichtung, eine Erstaufnahmeeinrichtung zu durchlaufen. Sie werden – zumindest idealtypisch – registriert, untersucht, befragt und solange untergebracht, bis über ihren künftigen Status entschieden wird. Wird ein Schutzstatus erteilt oder ist dieser zu erwarten, wird die Weiterleitung an die Kommunen organisiert, falls nicht, wird ihre Abweisung und Abschiebung vorbereitet. Solche Lager fungieren damit als Scharniere zwischen den dort Untergebrachten und der Gesellschaft, von der sie räumlich und symbolisch getrennt sind.

Abschiebung als Programm

Die Große Koalition plant die bundesweite Einführung der in Bayern erdachten AnKER-Zentren, in denen Schutzsuchende während des gesamten Asylverfahrens untergebracht werden sollen.

Schon die Begrifflichkeit dieser sogenannten AnKER-Zentren ist bezeichnend für die ihnen eingeschriebene Logik: Nach der *Ankunft* einer oder eines Asylsuchenden in der Bundesrepublik soll noch im Lager eine *Entscheidung* über den Asylantrag und sodann die *Rückführung* – ein verharmlosendes Wort für Abschiebungen – in die Herkunftsländer erfolgen. Die *Verteilung* auf die Kommunen oder die *Anerkennung* im Asylverfahren werden dagegen sprachlich gar nicht mehr berücksichtigt. Wie perfide diese keineswegs zufällige Auslassung ist, wird deutlich, wenn man sich bewusst macht, dass die allermeisten Flüchtlinge bislang nach einem kurzen Aufenthalt in den Erstauf-

„Weil Abschiebungen häufig undurchführbar oder rechtswidrig sind, werden Abschiebelager so für einige Flüchtlinge zu Orten der Dauerverwahrung. Für jene, deren Asylantrag mit einer Anerkennung endet, geht durch die lange Unterbringung in den Lagern wertvolle Zeit verloren – ihre Integration wird ohne Not verzögert.“

nahmeeinrichtungen auf die Kommunen verteilt werden – und zwar nicht zuletzt deshalb, weil ihre Abschiebung nach deutschem und europäischem Recht gar nicht ansteht. Vielmehr erhalten die meisten Flüchtlinge, die die Bundesrepublik aufnimmt, einen Schutzstatus oder erwerben auf anderen Wegen ein Bleiberecht.

Mit der flächendeckenden Einführung der AnKER-Lager nach bayerischem Vorbild würden nun aber alle Flüchtlinge während des Asylverfahrens kaserniert und dem Dreiklang *Ankunft, Entscheidung* und *Rückführung* unterworfen. Gerade jene Flüchtlinge, die angeblich keine „positive Bleibeperspektive“ haben, sollen nicht mehr in die Kommunen kommen und auf keinen Fall am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Sie sollen direkt aus diesen Lagern abgeschoben werden.

Isolation und sinkende Schutzquoten

Abgesehen von dem Umstand, dass die Unterscheidung in eine „positive“ und „negative“ Bleibeperspektive eine fatale Aushöhlung des individuellen Asylrechts bedeutet, ist sie in Verbindung mit der Isolation von Asylsuchenden in Lagern besonders bedenklich. Denn zugleich setzt die Bundesregierung alles daran, über das BAMF immer weniger Flüchtlingen eine „positive Bleibeperspektive“ zuzubilligen und die Schutzquoten weiter zu senken. Damit werden die AnKER-Zentren jene Lager sein, in denen mehr und mehr Schutzsuchende unter prekären Umständen dauerhaft verwahrt werden, bis ihre Abschiebung erreicht werden kann. Faire Asylverfahren sind in solchen isolierten Einrichtungen, in denen Schutzsuchenden der Zugang zu einer unabhängigen Beratung deutlich erschwert wird, nicht zu erwarten.

Die Bemühungen um eine Absenkung von Schutzquoten und der Ausbau von

abgeschlossenen (Abschiebe-)Lagern gehen Hand in Hand und werden von Politiker*innen immer wieder befeuert. So erwecken etwa die wieder und wieder beschworenen hohen – gleichwohl falschen – Zahlen angeblich ausreisepflichtiger Personen den Eindruck, ausstehende Abschiebungen seien ein zentrales politisches Problem. Dieses müsse, so die Argumentation, dadurch gelöst werden, dass die neu eintreffenden und ohnehin abzuschiebenden – Flüchtlinge gar nicht erst auf die Kommunen verteilt und die bereits in den Kommunen lebenden Abzuschiebenden in Abschiebeeinrichtungen untergebracht werden. Abschiebezentren und AnKER-Lager werden damit zur propagierten Lösung für ein Problem, das in dem behaupteten Umfang gar nicht existiert.

Abschied von elementaren Grundrechten

Wie sehr solche Lager mit einer Aushöhlung elementarer Grundrechte einhergehen, zeigt sich dort, wo sie bereits existieren. In einigen bayerischen Lagern wird keine unabhängige Asylverfahrensberatung gewährleistet, was schlicht rechtswidrig ist. In der Erstaufnahmeeinrichtung Horst in Mecklenburg-Vorpommern haben unabhängige NGOs keinen Zugang. Dort Untergebrachte berichten von bedrückenden Zuständen. Für jene, die in den Lagern leben müssen, sind Arbeit, Sprachkurse, Bildung und Schule gerade deshalb nicht vorgesehen, weil die Einrichtungen darauf ausgelegt sind, Flüchtlinge möglichst rasch wieder abzuschieben.

Angesichts dieses politischen Programms festigen AnKER-Lager das öffentliche Bild von „illegalen Migrant*innen“, deren rasche Abschiebung folgerichtig und notwendig erscheint. Ein berechtig-

tes Schutzbegehren wird nur noch Einzelnen zugebilligt, die in dieser Logik nur mehr dazu dienen, die Einhaltung der Rechtsnormen und eine humanitäre Aufnahmepolitik behaupten zu können. Und genau dieses Zerrbild wird zur impliziten Begründung für die Notwendigkeit der Lager selbst: Denn wer dieser Logik nach illegal im Land ist, muss bestraft und eingesperrt, zumindest aber in Lagern untergebracht und mit Restriktionen belegt werden. Nur vor diesem Hintergrund wird klar, warum laut Koalitionsvertrag die „Justiz“ in den AnKER-Lagern mitarbeiten soll.

Verwahrung statt Integration

Angesichts dieser Strategie kann die vorgesehene Begrenzung des Lageraufenthalts auf „in der Regel“ 18 Monate kaum beruhigen. Einige Flüchtlingsgruppen können bereits jetzt länger in solchen Einrichtungen untergebracht werden. Eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer in solchen Lagern und schließlich die Abschaffung jeder zeitlichen Begrenzung sind da nicht fern.

Weil Abschiebungen häufig undurchführbar oder rechtswidrig sind, werden Abschiebelager so für einige Flüchtlinge zu Orten der Dauerverwahrung. Für jene, deren Asylantrag mit einer Anerkennung endet, geht durch die lange Unterbringung in den Lagern wertvolle Zeit verloren – ihre Integration wird ohne Not verzögert.

Angesichts dieser Entwicklungen ist die Befürchtung berechtigt, dass Lager in Deutschland wie in Europa mehr und mehr zu Dauereinrichtungen und die dort Untergebrachten zu einer marginalisierten Gruppe werden. Die Aufnahme von Schutzsuchenden und die Asylverfahren werden immer weiter verschoben in ein abgegrenztes bürokratisches System fern zivilgesellschaftlicher Kontrolle.



Ein Déjà-vu der Schande: Evian 1938 – Brüssel 2018

von Heiko Kauffmann

Im Juli 1938 trafen sich in Evian am Genfer See Delegierte von 32 Staaten, um über die Aufnahme der existenziell bedrohten jüdischen Flüchtlinge und Verfolgten des Nazi-Regimes zu beraten. Die Konferenz endete in einem Desaster: Kein europäisches Land erklärte sich bereit, die Flüchtlinge aufzunehmen oder wenigstens die Einreisebedingungen zu lockern.

*Ende Juni 2018 trafen sich in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Länder, um über die europäische Migrations- und Asylpolitik zu beraten: Die Ergebnisse sind so niederschmetternd wie schockierend: Mit einer Erbarmungslosigkeit ohne Gleichen, abgrundtiefen Härte und Kaltschnäuzigkeit einigten sich die Teilnehmer*innen auf Beschlüsse zur Ausgrenzung, Abschreckung, Schutzverweigerung, Abwehr und Auslagerung des Flüchtlingsschutzes. Dieser Gipfel wird 80 Jahre nach Evian als Gipfel der Inhumanität, der Ignoranz und des Zynismus in die Geschichte eingehen.*

80 Jahre nach Evian scheinen die Lehren der Geschichte wieder in Vergessenheit geraten zu sein. Diese führten nach 1945 zur Etablierung der Menschenrechte und eines in völkerrechtlichen Konventionen verankerten internationalen Flüchtlingschutz-Systems, das ein zweites ‚Evian‘ für immer verhindern sollte.

Heute klügel die EU-Staaten und Verantwortlichen der einzelnen Länder ein grenzenlos brutales System der Be- und Verhinderung der Inanspruchnahme des Asylrechts aus, das die Drangsalierungen und Auflagen, denen die Nazi-Verfolgten in ihren Asylländern ausgesetzt waren, an Härte, bürokratischer Kontrolle, Undurchdringlichkeit und Demütigung bei Weitem übertrifft. Ob vorgeschaltete „Zulässigkeitsverfahren“, „Ausschiffungsplattformen“, „Kontrollierte Zentren“, „Anker-Zentren“, „Hotspots“ im Innern, an den Außengrenzen oder darüber hinaus, ob Abschiebungen und „Rückführungen“ in Kriegsgebiete wie Afghanistan und angeblich sichere Drittstaaten, ob es sich um „Deals“ mit nationalistischen Autokraten oder die Zusammenarbeit mit menschenrechtlich bedenklichen Staaten, warlords oder kriminellen Milizen einer Küstenwache handelt: Dies alles hat mit dem Anspruch der EU als einer „Wertegemeinschaft“ – Europa als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ – nichts mehr zu tun. Alle diese Maßnahmen sind keine Lösungen, sondern nichts anderes als Symptome rassistischer Abwehr und der Geringschätzung und Missachtung all der Verzweifelten, Verfolgten und Gedemütigten, deren letzte Hoffnung die Humanität Europas war.

Irrfahrten – damals wie heute

Sinnbilder für diese von Populisten und Rassisten angetriebene inhumane europäische Flüchtlingspolitik sind die Odysseen der „AQUARIUS“ und der „LIFELINE“ im Juni 2018. Auch sie haben eine Entsprechung in der dunkelsten Phase der deutschen Vergangenheit und erinnern fatal an die Irrfahrten der „ST. LOUIS“, dem „traurigsten Schiff der Welt“. Das Schiff hatte versucht, nach dem Scheitern der Konferenz von Evian und dem Novemberpogrom 1938 mehr als 900 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland in Sicherheit zu bringen – vergeblich. Nirgends ein sicherer Hafen, kein rettendes Ufer, Kuba und die USA verweigerten die Landeerlaubnis, andere Länder schlossen ihre Grenzen. Nach wochenlanger Irrfahrt und Rückkehr nach Europa durften die Passagiere schließlich in Antwerpen an Land gehen. Aber auch

hier waren sie nicht sicher. Nach der Besetzung der Niederlande und Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht endete die Odyssee der „ST. LOUIS“ für viele Flüchtlinge im KZ.

Wörter der Unmenschlichkeit

Der ehemals hehre Anspruch einer humanen europäischen Flüchtlingspolitik tritt heute immer weiter hinter der Realität einer endlos restriktiver werdenden, rassistisch unterfütterten Politik mit ausgrenzenden Gesetzen, Praxen und Diskursen zurück. Kriminalisierungen und Stigmatisierungen von Flüchtlingen gehören mittlerweile nicht nur zum Alltags-Repertoire von Populisten vom Schlage Gaulands, Höckes oder Weidels. „Asyl-Tourismus“, „Abschiebe-Industrie“, „Asyl-Gehalt“, „Asyl-Shuttle“ sind nur einige der Begriffe, deren Sagbarkeit auch von Politikern wie Seehofer, Söder, Dobrindt und anderen erprobt wird, um Ängste zu mobilisieren und Sündenböcke zu präsentieren. Und auch die Helfer*innen und Seenotretter*innen werden als „naive Gutmenschen“, als „NGO-Wahnsinn“ (Kurz) und „Unterstützer der Schlepper-Industrie“ diskriminiert und kriminalisiert. Damit versuchen sie, von den Versäumnissen ihrer eigenen Politik abzulenken und die wahren und tatsächlichen Fluchtgründe zu kaschieren, für die sie mitverantwortlich sind.

Zehntausende von Flüchtlingen begeben sich nicht auf die Flucht oder ertrinken im Mittelmeer, weil Schlepper ihr Leid ausnutzten und sich an ihren Elend bereicherten; sie geraten in Lebensgefahr oder ertrinken, weil kein Staat der EU bereit ist, sie legal einreisen zu lassen, sie aufzunehmen und sich ernsthaft und nachhaltig mit ihren Fluchtgründen auseinanderzusetzen. Eurozentrismus und institutioneller europäischer Rassismus siegen über Menschlichkeit und die völkerrechtliche Verpflichtung zur Seenotrettung. In der Geringschätzung von Menschenleben, der billigen Inkaufnahme des Todes von Flüchtlingen und der Missachtung von Menschenrechten offenbart sich die politische und moralische Signatur Europas im frühen 21. Jahrhundert.

Fluchtursachen vergessen machen

So wie Brüssel und Berlin die Ursprünge und Intentionen des Rechts auf Asyl vergessen haben oder vergessen machen möchten, so verdrängen und verschweigen sie auch die Ursachen der Flucht. Die Lager im Kern und in den Randzonen Europas – und darüber hinaus – werden zum

Sinnbild eines postkolonialen Systems europäischer Apartheid. Dieses „Labor“ einer durch FRONTEX, durch militante Küstenwachen und kriminelle Milizen militärisch und technologisch abgesicherten europäischen Flüchtlingspolitik hat gravierende negative Folgen für die Menschen sowohl der Herkunfts- wie der „Aufnahme“-Länder als auch für den Status quo und die Zukunft von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Exterritoriale Lager der Armut, Ausgrenzung, Recht- und Gesetzlosigkeit einerseits, Festungen des Wohlstands und der „Rechtsstaatlichkeit“ andererseits: Das Leben in Lagern, im Ausnahmezustand, droht zum Normalfall, zur Realität des Flüchtlings im 21. Jahrhundert zu werden. Dies alles geschieht im Namen Europas, im Namen der Demokratie; und es dokumentiert in erschreckender Weise ihre Verwerfungen durch die gegenwärtige Politik. Wohin ist Europa verkommen, dass es Menschen kategorisiert und nach zweierlei Maß so einteilt und „bemisst“, dass für geflüchtete Menschen nicht gilt und nicht gelten soll, was das Grundgesetz, was die Verfassungen und internationalen Konventionen, was die „europäischen Werte“ unter Menschenwürde und Menschenrechten verstehen und schützen?

Ideologisch und ökonomisch motivierter Rassismus

Das Problem Deutschlands und Europas sind nicht die Flüchtlinge. Das Problem Deutschlands und Europas heißt heute: Rassismus. War es 1938 ein ideologisch motivierter Antisemitismus, der in vielen Ländern zur Zurückweisung von Flüchtlingen, in seiner schlimmsten Variante in Nazi-Deutschland zu Mord und planmäßiger Vernichtung der jüdischen Bevölkerung führte, so sehen sich Flüchtlinge heute, vor allem jene aus Afrika und islamischer Religionsangehörigkeit, mit einem ideologisch und ökonomisch motivierten institutionellen Rassismus konfrontiert, mit Verordnungen und Gesetzen, in die rassistisches Denken eingegangen ist, die zu ausgrenzenden Praxen und Diskursen führen.

Der Verrat an den viel beschworenen Werten Europas, des „christlichen Abendlandes“, seiner Tradition der Aufklärung, Demokratie und der Menschenrechte lässt sich exemplarisch an seiner Flüchtlingspolitik ablesen, die zur Minderbewertung, Herabsetzung und aggressiven Abgrenzung anderer Kulturen und Menschen anderer Herkunft führt: Wertigkeitsmerkmale – das lehrt die deutsche und euro-

päische Geschichte im Übermaß – , derer sich autoritäre oder faschistische Regime zur „Rechtfertigung“ von Rassismus, Antisemitismus, Verfolgung und Krieg gerne bedienen.

Evian bewies, dass staatlicher und alltäglicher individueller Rassismus einander bedingen. Deshalb verlangt das Bemühen um seine Überwindung eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung über die staatliche Diskriminierungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber Flüchtlingen – eine Aufgabe, der sich Politik und Regierungsparteien bisher beharrlich verweigern. Hier sind die Opposition, die Kirchen, Gewerkschaften und die gesamte Zivilgesellschaft aufgerufen und gefordert, öffentlich und mit allem Nachdruck das Thema „Institutioneller Rassismus“ auf die politische und gesellschaftliche Tagesordnung zu setzen.

Der Kapitän der ST. LOUIS, Gustav Schröder, beendete seine Memoiren mit den Worten: „Niemals möge die Mahnung vergessen werden, die das tragische Schicksal der schwerkgeprüften Passagiere für die gesamte Menschheit bedeutet: damit sich Grausamkeit und Unmenschlichkeit nie wieder breitmachen können.“ Und Hermann Langbein, Auschwitz-Überlebender und Chronist des Widerstandes in den Konzentrationslagern, erklärte kurz vor seinem Tod in den 1990er Jahren, die be-

züglich der Hetze gegen Flüchtlinge durchaus eine Parallele zur heutigen Situation aufweisen: „Ja, nie wieder Auschwitz, aber das ist keine Sache von salbungsvollen Reden. Die Rassenideologie ist wieder auf dem Vormarsch, in Deutschland, in Österreich; die Menschen werden wieder eingeteilt. Die Lehre von Auschwitz ist: die Menschen nie mehr einteilen. Und: die Verantwortung für sein eigenes Handeln erhalten.“

Demokratie ist keine Garantie zur Verhinderung der Barbarei

Die wichtigste Lehre aus dem Scheitern von Evian und aus dem Zivilisationsbruch der Kollektivverbrechen des vergangenen Jahrhunderts war die universelle Verankerung der Menschenrechte in völkerrechtlichen Konventionen und Verträgen sowie die Einrichtung von Instrumenten zur Überwachung ihrer Einhaltung als Grundlage des internationalen Menschenrechts- und Flüchtlingsschutzes. Wenn diese höchsten und wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften heute durch Uminterpretationen, Zergliederung und vorgeschaltete Hürden, durch politische Willkür und eine Verzweckung des Rechts, durch die Kategorisierung und Einteilung von Menschen durch verantwortliche Regierungen oder Staaten in Zweifel gezo-

gen oder bis zur Unkenntlichkeit entstellt werden, ist dies nicht nur ein historischer Skandal, der das Menschenbild und den Humanitätsanspruch Deutschlands und Europas gänzlich in Frage stellt; es wäre auch der Niedergang des Projekts der rechtsstaatlichen Demokratie und könnte – im schlimmsten Fall – den Beginn einer nationalistisch-präfaschistischen Ära markieren.

Die unterlassene Hilfe der EU bei der Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer, die Kriminalisierung der Seenotretter und die harschen Beschlüsse von Brüssel gegenüber Flüchtlingen dokumentieren nur allzu deutlich: Auch die Demokratie ist keine Garantie zur Verhinderung der Barbarei. Diese kann nur dann abgewendet werden, wenn ihr von Beginn an eine wachsame, aktive und widerständige Zivilgesellschaft auf das Entschiedenste entgegentritt, die willens und in der Lage ist, die Strukturen solcher Ausgrenzungs- und Destruktionsstrategien zu erkennen, zu benennen und politisch zu bekämpfen.

Vor 80 Jahren, in Evian, hat die Zivilisation ihre Prüfung nicht bestanden. An seiner „Schicksalsfrage“ (Bundeskanzlerin Merkel), im Mittelmeer, an seinen Außengrenzen, am heutigen und künftigen Umgang mit Flüchtlingen wird sich erweisen, ob Europa die Prüfung des 21. Jahrhunderts besteht.

Zur Bekämpfung des Antiziganismus heute

Bericht über eine Veranstaltungsreihe des DISS-Arbeitskreises Antiziganismus (Teil 1)

von Stefan Vennmann

Mit Bezug auf den Titel eines 1962 von Theodor W. Adorno gehaltenen Vortrags „Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute“ hat der Arbeitskreis Antiziganismus im DISS eine Vortragsreihe organisiert, die sich mit der weiterhin existierenden Stigmatisierung vermeintlicher ‚Zigeuner‘ in theoretischer wie praktischer Reflexion auseinandersetzt. Die Reihe fand in Kooperation mit dem „Zentrum für Erinnerungskultur, Demokratie

und Menschenrechte“ und gefördert durch die Amadeu-Antonio-Stiftung und den AStA der Universität Duisburg-Essen statt.

Die Vortragsreihe startete im April 2018 am Welt-Roma-Tag mit einer lokalhistorischen Einführung in den Themenkomplex, und zwar anhand einer Rekonstruktion der Biographien der Bürgerrechtlerin Hildegard Lagrenne und des nationalsozialistischen Polizeisekretärs

Wilhelm Helten, der die Deportation von Sinti*ze von Duisburg nach Auschwitz organisierte. Helten wurde nie bestraft und von der Stadt Duisburg weiterbeschäftigt.

Aufklärung und Mythos

Im zweiten Vortrag stellte Dr. Markus End (Gesellschaft für Antiziganismusforschung) eine antiziganismuskritische Lesart der *Dialektik der Aufklärung* von Max

Horkheimer und Theodor W. Adorno vor. Die zentrale These des Werkes beruht auf der Annahme, dass der Prozess gesellschaftlicher Aufklärung das Archaische und Mythische unterbindet und dabei immer neue Formen von Herrschaft hervorbringt, die ihrerseits mythischen Charakter besitzen. Ends These lautet, dass sich dieser Zusammenhang von Aufklärung und Mythos in einer antiziganistischen Logik ausdrückt. Er legte dar, dass sich im Text von Horkheimer und Adorno viele, mehr oder weniger versteckte Hinweise finden lassen, die Antiziganismus thematisieren. Etwa die Formulierung, dass mit der fortschreitenden Aufklärung die „Ächtung von Schauspielern und Zigeunern“ einhergehe.

Projektion individuell unterdrückter Affekte

Ebenfalls an Horkheimer und Adorno anknüpfend sprach Dr. Sebastian Winter (International Psychoanalytic University Berlin) über die Erkenntnisse aus der psychoanalytischen Sozialpsychologie. Zentral ist hier die Projektion individuell unterdrückter Affekte – etwa das eigene Verlangen nach Faulheit abseits der Arbeitsimperative der modernen Leistungsgesellschaft – auf Dritte. Anhand sozialpsychologischer Theorien erklärte er die psychischen Entstehungsbedingungen antiziganistischer Stereotypen, die sowohl romantisierende als auch verachtende Momente beinhalteten. Die Verachtung überwiege allerdings in der heutigen medialen Aufbereitung durch Kollektivsymbole wie Müll, Dreck und ‚Problemhäuser‘. Er kritisierte die bisherige psychoanalytische Antiziganismusforschung Franz Maciejewskis, die einerseits romantisierend Stereotype reproduziert und andererseits Sigmund Freuds *Massenpsychologie und Ich-Analyse* nicht in seine Überlegungen integriert. Dies habe zur Folge, dass Maciejewski in seinem Ansatz nicht das Verlangen nach kollektiver, nationaler Einheit und die daran anschließende Ausgrenzung bis hin zur Vernichtung erklären kann.

Stereotype Darstellungen

Dr. Rafaela Eulberg (Universität Bonn) sprach über den Konnex von Ethnie und Geschlecht, der in der stereotypen Darstellung von ‚Zigeunerinnen‘ eine besondere Potenzierung erfährt. Ein Blick in die Geschichte der rassistischen Tsiganologie zeigte, dass Werke der frühen Neuzeit über den Nationalsozialismus bis in die

Gegenwart ‚Zigeunerinnen‘ als Antagonistinnen bürgerlicher Ordnung verstehen. Im Antiziganismus mischen sich bürgerlich-sexistische mit rassistischen Stereotypen und potenzieren sich im Bild der ‚Zigeunerin‘ als Symbol des absolut gesellschaftlich Unerwünschten. Die wahrsagende und promiskuitive femme fatale verkörpert Romantisierung und Verachtung und stellt gleichzeitig eine Gefahr für die Integrität in der heteronormativen und monogam strukturierten bürgerlichen Gesellschaft dar.

Personalisierung sozialer Phänomene

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt (Universität Wuppertal) stellt die Verknüpfung des theoretischen Zugangs mit den Interventionsmöglichkeiten politischer Bildung her. Sie sprach anknüpfend an Klaus Holz von einem ‚nationalen Antiziganismus‘, der sich durch Fremdmachen Dritter im Inneren einer Gesellschaft und deren systematischer Ausgrenzung konstituiert. Dabei wurde insbesondere die Personalisierung sozialer Phänomene und Probleme kritisiert, bei welcher gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen außer Acht gelassen würden. Diese Personalisierung wirkt sich unmittelbar auf die Bildungsinstitutionen aus. Einerseits werden insbesondere in der politischen Weiterbildungsarbeit rassistische Motive reproduziert, die Betroffene nach mehrheitsgesellschaftlichen Schemata kategorisieren. Andererseits existiert zwar Lehrmaterial für rassistuskritischen Unterricht, allerdings fehlt es an institutioneller Umsetzungen an Schulen und Universitäten. Eine speziell antiziganismuskritische Bildungsarbeit kann nur gelingen, wenn insbesondere den Multiplikator*innen die Kontinuitäten von Verfolgung, Diskriminierung und Vernichtung nahegebracht wird. Antiziganismuskritische Bildung kann nur als nicht bevormundende, subjektorientiert und geschichtsreflexive Erziehung möglich sein, denn unmittelbar aus der Geschichte lässt sich nichts lernen, sondern nur aus dem Umgang mit ihr, so Messerschmidt.

Im Juni und Juli 2018 fanden drei weitere Vorträge statt, über die in der nächsten Ausgabe des DISS-Journals berichtet wird.

Stefan Vennmann, M.A., promoviert am Institut für Philosophie der Universität Duisburg-Essen und ist seit 2013 Mitarbeiter im Arbeitskreis Antiziganismus im DISS.



AK Antiziganismus im DISS Stimmungsmache

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahreinschätzung am Beispiel Duisburg
2015 Online-Broschüre
DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.

Autor*innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschue-2015.pdf

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks: Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg

2014 Online-Broschüre
DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche-Online-Broschue-2014.pdf



Antigenderismus und antimuslimischer Rassismus in rechten Diskursen

von Matthias Hogrefe

Im Zuge der seit Beginn des 21. Jahrhunderts aufkommenden Genderdebatte hat sich die konservative bis rechte Kritik vom dezidierten Antifeminismus hin zu einem Antigenderismus weiterentwickelt. Der folgende Beitrag untersucht die Verschränkung dieses Feindbildes mit antimuslimischen Diskursen.

Der Vorwurf an die Genderforschung oder auch generell an (Queer-)Feminist*innen lautet, diese wollten die Geschlechter „ganz abschaffen“ sowie die Familie „zerstören“ und ignorierten dabei die Regeln der Natur. Dagegen stellt die Rechte, im Verbund mit einem grundsätzlichen demographischen Pessimismus sowie der Ablehnung von „Masseneinwanderung“, die „traditionelle Familie“ – als heterosexuelle Ehe mit Kindern – in den „Mittelpunkt der Familienpolitik“ (so das AfD-Grundsatzprogramm). Konkret knüpft die AfD hierbei an die in der Gesellschaft weit verbreitete Ablehnung des Gender-Konzepts an. Die Unterstellung einer „natürlichen“ Lebensform stellt zugleich die Hauptschnittmenge zwischen Rechten (unterschiedlicher Provenienz) und christlichen Fundamentalist*innen dar, die gleichermaßen in der AfD eine politische und vor allem in der *Jungen Freiheit* eine mediale Repräsentation gefunden haben. Die damit verbundenen Positionen werden insbesondere vom Arbeitskreis *Christen in der AfD* sowie der Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch vertreten, die als eine der zentralen Figuren der Lebensschutzbewegung die Allianz rechter Politik mit reaktionären Kirchenkreisen verkörpert.

Rechte und christliche Fundamentalist*innen finden inhaltlich deshalb so gut zusammen, weil beide das Ziel des „Familien-“ bzw. „Lebensschutzes“ eint. An dieses Ziel konservativer Christ*innen knüpft die AfD an, indem sie den „Schutz“ der „traditionellen Familie“ als von der „Indoktrination“ durch „Gender Mainstreaming“ bedroht präsentiert und aus dieser Konstellation heraus zum Widerstand gegen jegliche Gefahren für die Zukunft des deutschen Volkes (vulgo: gegen den „Volkstod“) aufruft. Die inhaltlichen Ziele des „Lebensschutzes“ richten sich vor allem auf ein Verbot von Abtreibung und ähnlichen ‚unnatürlichen‘ Eingriffen auf dem Gebiet der Reproduktion. Zudem müsse die Familie als Fixpunkt – je nach Schwerpunkt – völkischer oder christlich-fundamentalistischer Ideologie vor ‚Bedrohungen‘ wie Scheidungen, nicht-heterosexueller Sexualität und weiblicher Emanzipation geschützt werden.

Der „Mystifizierung von Familien“ (Birgit Rommelspacher) kommt dabei eine doppelte Funktion zu: Einerseits wird das ‚eigene‘ Familienmodell idealisiert, zum anderen der Ausschluss ‚anderer‘ Lebensweisen legitimiert. Im politischen Nationalismus wird das Konzept der Familie auf eine gesamtgesellschaftliche

Ebene gehoben und als Modell für den Staat genutzt. Die Nation gilt in diesem Rahmen als ‚natürliche‘ Erweiterung von Verwandtschaftsbeziehungen, die vor allem die Abwehr fremder ‚Völkerfamilien‘ oder Religionsgemeinschaften impliziert – im 21. Jahrhundert wird insbesondere der Islam als ein solches abzuwehrendes Element begriffen. Dem Antigenderismus kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu, da er breite Wirkung auch auf Menschen der sogenannten ‚bürgerlichen Mitte‘ entfalten kann, die ansonsten keine Affinität zu rechten Einstellungen besitzen. Familienbezogene Themen ermöglichen eine emotionale Ansprache über unterschiedliche Milieus hinaus und wirken sogar dort, wo keine Angst vor Islamisierung geäußert und rassistische Positionen sogar dezidiert zurückgewiesen werden.

Liberal westliche Werte als Kontrastfolie

Ein weiterer Anknüpfungspunkt an die ‚bürgerliche Mitte‘ über den christlichen Kontext hinaus sind antimuslimische Haltungen mit dezidiertem Bezug auf liberale gesellschaftliche Werte: Die problematische Menschenrechtslage in vielen mehrheitlich muslimischen Ländern sowie zahlreiche Berichte über konservative Muslim*innen in Europa legen es nahe, muslimische Präsenz beispielsweise aus feministischer, queerer und antisemitismuskritischer Perspektive zu problemati-

sieren. Nicht alle Diskursbeiträge dieser Richtung berücksichtigen jedoch beispielsweise die Existenz feministischer oder gewaltfreier Stränge im innerislamischen Diskurs und schaffen es damit nicht, die Binarität zwischen ‚fortschrittlichem Innen‘ und ‚rückständigem Außen‘ zu durchbrechen.

Das Gleiche gilt im Kontext von Gewalt: Obwohl beispielsweise seit #metoo sexistische Übergriffe durch als ‚weiß‘ markierte Männer zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen wurden, werden sexuelle Übergriffe durch ‚nicht-weiße‘ Männer wie in der Kölner Silvesternacht zum Anlass genommen, über das vermeintliche Bedrohungspotential (angeblich) muslimischer Männer zu sprechen. Diese exklusive Verschränkung von Frauen- und Gewaltdiskursen einerseits mit dem Migrations- und dem Islamdiskurs andererseits trug und trägt wesentlich zur Etablierung von Rückständigkeits- und Bedrohungsdiskursen über Muslim*innen bei, was aus Sicht der extremen Rechten eine enorm wichtige inhaltliche Bestätigung darstellt.

Solche diskursiven Narrative weisen dabei einen augenfälligen Widerspruch auf: Einerseits werden Muslim*innen als weniger zivilisierte Andere konstruiert, andererseits lehnt die Rechte zentrale Punkte liberaler Werte selbst ab. Dieser Widerspruch kann durch die These aufgelöst werden, dass der Vorwurf weniger einer tatsächlichen Verteidigung der liberalen Wertordnung dienen soll, denn als taktisch angewandtes ‚Othering‘. Der Zugriff auf die ‚Anderen‘ erfolgt durch diskursives Wissen, ihre Muslimisierung wird so reproduziert. Die Nichtauseinandersetzung mit ‚eigenen‘ Männern verursacht andererseits genau das Gegenteil: Deren Verhalten wird nicht als strukturelles, höchstens als individuelles Problem wahrgenommen. Trotz aller ‚Einzelfälle‘ bleibt der ‚eigene‘ Mann also der zivilisierte, kontrollierte und aufgeklärte Mann, von dem keine Bedrohung ausgeht. Stattdessen wird das Problem auf den Muslim ausgelagert und damit bestehender Sexismus und männliche Privilegierung im konservativen westlichen Geschlechtermodell entlastet. Aus feministischer Sicht ist dies besorgniserregend, wenn nicht sogar kontraproduktiv. Dies gilt noch stärker für Beiträge, die solche Blickwinkel aus extremer rechter Perspektive bewusst für die eigene Agenda instrumentalisieren.

Die in anderen Kontexten propagierten antiemanzipatorischen und kollektivistischen Vorstellungen legen trotz einzelner feministischer Bezüge ebenfalls

den Schluss nahe, dass es sich dabei um eine bloß taktische Referenz auf liberale und emanzipatorische Werte handelt, ungeachtet der strukturellen Mängel hinsichtlich des Status von Frauen und Homosexuellen in Deutschland – Inva Kuhn nennt dies zurecht „vorgeschobene Menschenrechtsdebatten“. Dabei geht es den Akteur*innen der Rechten weniger um die Möglichkeit pluraler Lebensmodelle von Frauen als vielmehr um ein möglichst breit anschlussfähiges Argument. Eine solche taktische Diskursbesetzung ohne eine tatsächliche inhaltliche Veränderung der grundsätzlichen politischen Positionen lässt sich insbesondere beim Begriff ‚Freiheit‘ feststellen, den selbst zu besetzen die Rechte zuletzt verstärkt versucht hat (z.B. Björn Höcke, Identitäre Bewegung).

In diesem vermeintlichen Menschenrechtsdiskurs wird eine klare Aufteilung zwischen der ‚eigenen‘ moralischen Überlegenheit und der ‚fremden‘ moralischen Defizienz vorgenommen. Infolgedessen nutzen Rechte (unterschiedlicher Provenienz) das diskursive Wissen über angeblich zivilisatorisch rückständige Muslime dazu, in den Milieus liberal-demokratisch orientierter Mittelschichten an Boden zu gewinnen. Selbst wenn diese z.B. in Wahlen nicht für rechts stimmen, könnte die Etablierung der entsprechenden Konnotationen und Narrative als ‚Wissen‘ im vorpolitischen Raum dennoch langfristig bei der Durchsetzung der eigenen Ziele helfen. Der argumentative Rückgriff auf die Grundrechte und hier insbesondere auf die Meinungsfreiheit als Apologie für rassistische Äußerungen spricht folglich dafür, wie von Alexander Häusler nahegelegt, von einer neuartigen „Konstruktion eines politischen Programms der Exklusion“ durch selektives Aufgreifen und Umdeutung demokratischer und linker Werte zu sprechen.

Konsequenzen für emanzipatorische politische Positionen

Wirkmächtigkeit und Potential dieser Umdeutung sind bereits vielfach erkannt worden. Jenseits der bloßen Herausarbeitung und Benennung dieser taktischen Verschränkung des Migrationsdiskurses mit dem Genderdiskurs unter dem Schlagwort der ‚Freiheit‘ erscheint es auf politischer Ebene zusätzlich geboten, demokratische Grundfreiheiten durch ein politisches Programm der umfassenden Inklusion verstärkt bewusst aufzunehmen und dadurch in offensiver Weise auch diskursiv zu verteidigen.

»Wir für Euch«

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise



Sebastian Reinfeldt

Sebastian Reinfeldt

„Wir für Euch“

Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise

Edition DISS Bd. 33

Münster: Unrast, 144 S., 16 Euro.

Wie prägen und begründen diskursive Muster, die rechtspopulistischen Parteien und Strömungen zugerechnet werden können, den politischen Diskurs zur Finanzkrise und die politischen Entscheidungen? Wie verändern sich dadurch die Machtverhältnisse und die Demokratie – samt unserer Vorstellungen davon, was Demokratie eigentlich ist?

Die Inszenierung der europäischen Finanzkrise als permanenter Notstand bietet der rechtspopulistischen Interpretation eine tägliche Bühne, auf der rassistische Ein- und Ausschließungen und autoritäre Politikmuster vorgestellt und propagiert werden.

Zugleich übersetzt die Regierungspolitik der hegemonialen EU-Staaten – untersucht werden insbesondere Deutschland und Österreich – diesen inszenierten Notstand und seine rechtspopulistischen »Begründungen« in eine Politik, die eine nationale Einheit im Zuge der Krise herstellt und die die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in Europa dauerhaft verändert. Die Verfahrensweisen der Demokratie scheinen dabei ihre Substanz zu verlieren und sie laufen leer. So werden sie zunehmend durch autoritäre und populistische Plebiszite ersetzt – was eines der Hauptanliegen des rechten Populismus ist.

Diskursatlas Antifeminismus

von Andreas Kemper

Von einem konkreten Beispiel ausgehend wirft der Beitrag die Frage auf, wie aus einer diskurskritischen Perspektive der moderne Antifeminismus, der sogenannte „Antigenderismus“, dargestellt werden kann. Eine Antwort darauf ist der jüngst im Internet gestartete „Diskursatlas Antifeminismus“.

Im März 2018 wurde ein europäisches antifeministisches konspiratives Netzwerk aufgedeckt. Unter dem Label „Agenda Europe“ entstanden 2014 ein anonymer Blog, ein jährlich in verschiedenen europäischen Städten konspirativ tagendes Netzwerk und ein 134seitiges anonymes und nicht-öffentliches Handbuch „Agenda Europe: Restoring the Natural Order“. In diesem Handbuch finden sich die Ziele sehr klar wiedergegeben: Eine „natürliche Ordnung“ soll restauriert werden. Insbesondere meint dies, dass die Ehe für alle und liberale Abtreibungsrechte bekämpft werden sollen. Hierzu sollen wichtige politische Schaltstellen in Europa mit PolitikerInnen aus dem Netzwerk besetzt werden. Aber auch die Sprache wird als Kampffeld gesehen. So soll nicht mehr von „Homosexualität“, sondern von „Sodomie“ gesprochen werden. Unterstützung erhält dieses Netzwerk aus den Vereinigten Staaten, es bestehen aber auch Kontakte zu Multimillionären in Mexiko, Großbritannien, Österreich und Russland. Während in Osteuropa Etappenziele der „Agenda Europe“ durchgesetzt werden, lässt der Geschlechterdiskurs in Westeuropa für den modernen Antifeminismus eine konspirativ-opferideologische Strategie opportun erscheinen.

Das Konzept des Diskursatlases

Ebenfalls im März 2018 wurde die Online-Enzyklopädie „Diskursatlas Antifeminismus“ gestartet. Ihr ging im Juli 2017 das Projekt „Agent*in“ („AntiGender-Networks-Information“) voraus, welches antifeministische Netzwerke fokussierte. Das Internet-Projekt „Agent*in“ hatte zu wenig seine eigene Analyse berücksichtigt, dass der moderne Antifeminismus mit dem Narrativ „Totalitarismus“ den Feminismus zu bekämpfen versucht. Entsprechend wurde die Möglichkeit der Online-Enzyklopädie „Agent*in“, sich über eine

Kategorien-Suche relevante Akteur*innen des Antifeminismus zusammenstellen zu lassen, von verschiedenen Seiten als Anlass genommen, das gesamte Projekt als „Online-Pranger“ zu stigmatisieren.

Mit dem Folgeprojekt „Diskursatlas Antifeminismus“ werden nicht mehr die Netzwerke des Antifeminismus, sondern die „Diskurskoalitionen“ in den Mittelpunkt gestellt. Mit dem Begriff „Diskurskoalition“ (Maarten Hajer) wird das Zusammenspiel von Sprache und politischer Vernetzung benannt. Der „Diskursatlas Antifeminismus“ geht von antifeministischen Narrativen, von „narrativen Schemata“ aus, die sich in Diskursthemen wie „Bevölkerung“, „Sexualität“, „Familie“ usw. finden. Zu antifeministischen Narrativen, bspw. „Homolobby“, „Frühsexualisierung“, „Genderwahn“, „Rotgrün-versiff“, finden sich im Diskursatlas Erwörterungen zu deren Genese und Bedeutung. Belegt wird das Vorkommen dieser Narrative mit einer Vielzahl von Zitaten, in denen sich in der Regel weitere antifeministische Narrative finden, was das Herausarbeiten von „Narrativ-Verkettungen“ erlaubt. Diese Narrativ-Verkettungen verdeutlichen den antifeministischen Kontext.

Wenn antifeministische Diskursakteur*innen mehrfach mit Zitaten in antifeministischen Narrativen im Diskursatlas in Erscheinung treten, ist es sinnvoll, auch die zweite Seite der Diskurskoalitionen konkreter darzustellen. Daher finden sich

im „Diskursatlas Antifeminismus“ nicht nur Artikel zu antifeministischen Narrativen, sondern auch zu öffentlich aktiven Diskursakteur*innen, die verstreut in Diskursatlas-Artikeln mit entsprechenden Äußerungen bereits benannt werden. Die Netzwerke zwischen diesen Diskursakteur*innen werden in einem letzten Schritt ebenfalls benannt. Hiermit sollte es möglich sein, umfassend über antifeministische Diskurskoalitionen aufzuklären.

Die Vorzüge eines Wiki

Technisch ist der Diskursatlas Antifeminismus ein Wiki, basiert auf derselben Software wie Wikipedia und sieht auch ähnlich aus. Wikis haben den Vorteil, Netzwerke sehr gut darstellen zu können, bieten sich daher für die Darstellung von antifeministischen Diskurskoalitionen an. In Wikipedia selber, ist es schwierig, umfassend über den Antifeminismus zu informieren, was nicht zuletzt an der männlich-dominanten Autor*innenschaft liegt. So endet dort der Artikel zum Thema Antifeminismus mit dem Ende des Nationalsozialismus. Dabei ist eine weitere Stärke von Wikis die Aktualität. „Wiki-Wiki“ ist hawaiianisch und bedeutet „schnell, schnell“. Der Diskursatlas Antifeminismus ist auf Aktualität angelegt und versteht sich bewusst als ‚Work-in-Progress‘. Das heißt, die Artikel befinden sich in ständiger Entwicklung, werden ergänzt, umgeschrieben, zusammengelegt, verbessert oder auch gelöscht. Der Diskursatlas Antifeminismus strebt somit an, die Entwicklungen antifeministischer Diskurskoalitionen möglichst zeitnah kritisch abzubilden.

Adresse: www.diskursatlas.de

The screenshot shows the website interface for 'Diskursatlas Antifeminismus'. At the top left, the title 'DISKURS ATLAS ANTIFEMINISMUS' is displayed. To the right, there are navigation tabs: 'Hauptseite', 'Diskussion', 'Lesen', 'Quelltext anzeigen', and 'Mehr'. A search bar contains the text 'Diskursatlas durchsuch'. Below the navigation, the main heading 'Hauptseite' is visible. A large blue banner reads 'Willkommen im Diskursatlas Antifeminismus!'. Underneath, there are four colored boxes representing different discourse themes: 'Diskursthema Bevölkerung' (purple), 'Diskursthema Sexualität' (red), 'Diskursthema Geschlecht' (yellow), and 'Diskursthema Familie' (cyan). On the left side, there is a sidebar with links for 'Hauptseite', 'Letzte Änderungen', 'Zufällige Seite', and 'Hilfe'. In the top right corner, there is a link for 'Anmelden'.



Unsichere Lebenslagen, Unsicherheitsbewältigung und Einstellung zu den Zuwanderungen nach Deutschland

von Peter Höhmann

Einstellungen der Wohnbevölkerung zu den Zuwanderungen in die Bundesrepublik werden in der öffentlichen Diskussion sehr unterschiedlich bewertet und zuweilen dramatisiert.

Im Blick steht dabei in der Regel weniger die Auseinandersetzung mit den strukturellen Wandlungsvorgängen, die die sehr verschiedenen Entwicklungen ausgelöst haben, sondern eine kontroverse Debatte über einzelne aktuelle Erscheinungsformen. Dies gilt in besonderem Maße für die Flüchtlingsbewegungen aus den Kriegs- und ökonomisch erzeugten Krisengebieten.

Die Rahmenbedingungen dieser Entwicklungen konnten kaum nachhaltig die Einstellungen in öffentlichen Debatten prägen. Vielmehr lösten die auch politisch geschürten Ängste eher ein unbestimmtes Gefühl der kollektiven Überforderung

aus und konnten so als wesentlicher Verstärker wirken.

In diesem Beitrag will ich besonders darauf eingehen, in welchen Formen Unsicherheit – verstanden als subjektive Vorstellung, die sich auf den vertrauten, aber gefährdeten Umgang mit anderen bezieht – und ein darüber ausgelöster Schließungsvorgang gegenüber Zuwanderern miteinander verbunden ist. Die empirische Grundlage der folgenden Ausführungen bezieht sich auf eine Sekundäranalyse der Erhebungen des *European Social Surveys* (Version ESS8e01). Hierzu wurden Daten aus dem Jahr 2016 ausgewertet.

Verweisen will ich zunächst auf die insgesamt recht gut dokumentierte durchgehende Zunahme unsicherer Lebenslagen. Im Datensatz des ESS stieg das Unsicherheitsgefühl unter den Befragten, die ihr Haushaltsbudget als „kom-

fortabel“ beurteilten, zwischen 2006 und 2016 von 37,3% auf 47,1%. Bei Befragte, die angaben, „zurecht zu kommen“, stieg dieses Gefühl der Unsicherheit von 47,9% auf 62,1%. In der Gruppe, die ihre wirtschaftliche Lage als „schwierig“ bezeichneten, stieg der Wert von 58,5% auf 82,8%. Ganz deutlich wird so eine Konzentration von Unsicherheit in einer Gruppe, die materiell besonderen Belastungen ausgesetzt ist. Die so wahrgenommene unsichere Lebenssituation berührt den selbstverständlichen Alltag einer Person in verschiedener Weise und wirkt uneinheitlich auf die Gestaltungsanforderungen der Person ein. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Formen sozialer Schließung, die sich besonders, wie bei den Zuwanderungen, gegen Außenstehende richten. Die Geltungsnorm, einen Fremden aufzunehmen, steht allerdings nicht durchgehend im Vordergrund.

Tab.1: Einstellung gegenüber Zuwanderungen aus ärmeren Ländern außerhalb Europas nach Unsicherheitsgefühl und wirtschaftlicher Lage (%)

	Wirtschaftliche Lage					
	Komfortabel		komme zurecht		schwierig	
	Gefühl der Unsicherheit					
Umfang der Zuwanderungen	stark	gering	stark	gering	stark	gering
	18,2	32,4	11,7	28,1	12,8	38,1
viele	46,7	47,4	48,4	46,6	30,6	33,3
einige	35,1	20,2	39,9	25,3	56,6	28,6
wenige/keine	100	100	100	100	100	100
N=	556	623	732	446	196	42



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)
Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte
 Edition DISS: Band 29
 Münster: Unrast, 240 Seiten, 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Das, was in Medien gesagt werden kann, spielt eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftler*innen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein.



Wulf D. Hund (Hg.)
Faul, fremd und frei. Dimensionen des Zigeunerstereotyps.
 Edition DISS: Band 35
 Münster: Unrast, 255 Seiten, 19,80 €

Die zentralen Elemente des Zigeunerstereotyps werden bis heute fortgeschrieben. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei.

Neuaufgabe von ›Zigeuner. Geschichte und Struktur einer Konstruktion‹ und ›Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie‹

Tab. 2: Einstellung gegenüber Zuwanderungen aus ärmeren Ländern außerhalb Europas nach Unsicherheitsgefühl und Regelverständnis (%)

	Unsicherheit				
	gering		hoch		
	Flexibilitätsverständnis von Regeln				
Umfang der Zuwanderungen	gering	mittel	hoch	gering	mittel
	18,6	27,9	45,7	10,6	13,5
viele	49,7	49,2	40	43,4	48,1
einige	31,5	22,9	14,3	46	38,4
wenige/keine	100	100	100	100	100
N=	292	497	623	498	661

Gleichwohl ist davon auszugehen, dass eine personell unsichere Lage und Distanz gegenüber Zuwanderungen miteinander verbunden sind.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen, die Schließungsformen besonders bei Personen in prekären Einkommensverhältnissen ausmachen will, prüfe ich im Folgenden zusätzlich die Einstellungen in den Gruppen, die ihre Haushaltslage als „komfortabel“, als ein „Zurechtkommen“ oder als „schwierig“ beurteilen. In den drei Gruppen vergleiche ich jeweils die Antworten der Befragten, die ihre Lage in „starkem“ sowie in „geringem“ Umfang als unsicher ansehen. Der Datensatz der ESS des Jahres 2016 enthält unterschiedliche Fragen über die Akzeptanz von Zuwanderungen in die Bundesrepublik. Ich beziehe mich jedoch nur auf die Einstellung gegenüber einer Personengruppe, die größere sozio-kulturelle Unterschiede zu der hier bereits lebenden Bevölkerung („immigrants from poorer countries outside Europe“) ¹ aufweist. Die Angaben dazu wurden unter den Kategorien „viele“, „einige“ sowie „wenige“ und „keine“ vercodet.

Für die Frage nach dem Umfang, zu dem diese Gruppe in die BRD kommen und dort leben kann, zeigt die Auswertung von Tab.1 ganz durchgehend stärkere Schließungsformen unter den Personen an, die über ein stärkeres Gefühl der Unsicherheit berichten. Die Bereitschaft, Zuwanderungen aufzunehmen, ist unter Befragten, die für sich eine prekäre Haushaltslage angeben, geringer als in den übrigen Gruppen. In einer komfortablen wirtschaftlichen Lage wollen auch bei einem starken Gefühl der Unsicherheit 35,1% nur wenige oder keine Zuwanderungen akzeptieren.

1 Das Ausmaß der Abschottung gegenüber dieser Gruppe korrespondiert mit den Einstellungen gegenüber Asylbewerberinnen und -bewerbern aus vergleichbaren Erhebungen. Hinzuweisen ist in beiden Fällen darauf, dass die distanzierte Haltung, diese Gruppen aufzunehmen, in den letzten 10 Jahren zuvor deutlich rückläufig war.

Bei Personen in einer schwierigeren Lage steigt dieser Wert auf 56,6% an. Umgekehrt ist jedoch die Bereitschaft, eine größere Zahl an Zuwanderungen aufzunehmen, in einer eher als sicher angesehenen Situation vergleichsweise hoch. Die Unterschiede zwischen den einzelnen ökonomischen Lagen fallen so kaum ins Gewicht. Mit Blick auf die auftretenden Unterschiede wird öffentlich vorwiegend auf die besondere Konkurrenzsituation verwiesen, denen vor allem untere Einkommensgruppen ausgesetzt sind. Diese Interpretation ist jedoch ergänzungsbedürftig. Sie vernachlässigt bestehende soziale oder kulturelle Ausgleichsmechanismen, wie Strategien der Vereinbarung oder des rituellen Präsentierens, die eng an die Flexibilität und funktionale Autonomie der Person gebunden sind. Diese treten regelmäßig zugleich als individuelle Reaktion im Umgang mit Unsicherheit auf.² Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass besonders unsichere Personen, die sich eine nur geringe Flexibilität zuschreiben, besonders kritisch gegen eine Zuwanderung eingestellt sind.³

Die Auswertung (Tab. 2) zeigt, dass mit geringer Flexibilität – so wie diese über die Aussagen repräsentiert wird, es sei wichtig, sich ordentlich zu verhalten und Normen zu befolgen – sowie einem starken Gefühl der Unsicherheit die Befragten sich deutlich gegen eine Zuwanderung positionieren. Im Vergleich der Kontrastgruppen hohe und geringe Unsicherheit und Flexibilität variiert die Ablehnung zwischen 14,3% und 46,0%.

2 Vgl. zur theoretischen Herleitung und zum Bezug zu unsicheren Lagen besonders Gouldner 1967. Eine typische Reaktion ist in diesem Zusammenhang die Bekundung, den Vertriebenen/Flüchtlingen bekämen alle Wohltaten, nicht aber die eigenen Leute.

3 Die Erhebung hat hierzu Aussagen über ein eindeutiges Regelverständnis sowie das Erfordernis eines situationsunabhängig richtigen Verhaltens erhoben. Die Angaben bilden hier das Maß für „Flexibilität“.

Der in der Darstellung sichtbare Zusammenhang ist mit einer weiteren Konsequenz verbunden. Nach den Befunden schreiben sich Personen mit geringer Rollenflexibilität eher eine rechte, mit hoher eher eine linke politische Orientierung zu.⁴ Von diesem mit der ökonomischen Lebenssituation allenfalls locker verbundenem Gesinnungszug⁵ geht ein eigener Effekt auf die Abschottung und die Akzeptanz von Zuwanderungen aus. (Tab. 3)

Nicht unerwartet sind Personen, die sich als politisch rechts einstufen, kaum oder gar nicht bereit, eine Zuwanderung von Personen aus ärmeren Ländern außerhalb Europas zuzulassen. 47,9% der Befragten geben diese Antwort an, verglichen mit 19,5% der Befragten, die sich als eher links einstufen.

Mir ging es in diesem Beitrag besonders darum, auf das Zusammenspiel ökonomischer und sozio-kultureller Auslösefaktoren hinzuweisen. Beide Faktoren prägen zusammen die Einstellung gegenüber den Zuwanderungen in die Bundesrepublik und bilden die Basis für eine Dramatisierung der politischen Lage. Gerade

4 Grundlage ist hierfür die Einstufung auf einer Zehn-Punkte-Skala. Als eher links bezeichneten sich 20,6% der Befragten mit geringer, aber 43,3% mit hoher Rollenflexibilität.

5 Die Korrelation zwischen der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Einstufung auf einer Rechts-Links-Skala liegt bei $-0,03$. Die Korrelation mit der jeweils angegebenen Einkommenshöhe bei $-0,05$.

Tab.3: Einstellung gegenüber Zuwanderungen aus ärmeren Ländern außerhalb Europas nach Unsicherheitsgefühl und Regelverständnis (%)

Umfang der Zuwanderungen	Politische Selbsteinstufung		
	eher links	Mitte	eher rechts
viele	35,1	16,8	8,7
einige	45,4	47,8	43,4
wenige/keine	19,5	35,4	47,9
	100	100	100
N=	817	1374	543

die Unterschiedlichkeit der Bedingungen, die Handlungsmöglichkeiten verschließen oder eröffnen, formt eine Bühne, die Zuwanderungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen als Quelle zunehmender Verunsicherung und zugleich als exemplarischen Fall einer politisch instrumentalisierten Lagebeschreibung – Zygmunt Baumann spricht von „Migrationspanik“ (Baumann 2017) – ausmachen kann. Ein solcher Missbrauch zeigt sich sehr deutlich in einer parteilichen Veröffentlichung der Zeitung *Die Welt*, in der es heißt: „Es beunruhigt Bürger völlig zu Recht, wenn sie den Eindruck haben, dass wir die Kontrolle über unsere Grenzen verlieren, Recht nicht umgesetzt wird, wenn durch Terrorrohungen, rechtsextreme wie linksextreme Randale, ethnische Gruppen oder religiöser Fanatismus die öffentliche Ordnung gefährdet wird.“ Das Bekenntnis zur Nation gilt hier als Voraussetzung, eine krisenhafte Situation aufzulösen. Denn: „Ohne einen attraktiven, gewinnenden Patriotismus wird es nicht gehen.“ (Aigner, Ilse/Linnemann, Carsten/Mohring, Mike: Was hält Deutschland in Zukunft zusammen, in: *Die Welt* v. 06.09.2015)

Literatur

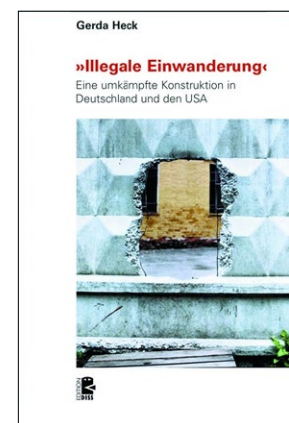
Baumann, Zygmunt 2017: Die Angst vor den Anderen, Berlin.

Gouldner, Alvin 1967: Reziprozität und Autonomie in der funktionalen Theorie [zuerst 1959], in: Hartmann, Heinz (Hg.), *Moderne Amerikanische Soziologie*, Stuttgart, S. 293-309.



Semra Çelik
Grenzen und Grenzgänger
Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung
Edition DISS: Band 12
288 Seiten, 20 Euro

Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbst- und Fremdbilder türkische Migrantinnen in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser „ethnisch“ positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen 'türkischen' Identitäten (re-)produzieren.



Gerda Heck
„Illegale Einwanderung“
Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA
Edition DISS: Band 17
280 Seiten, 24 Euro

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht, produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den „illegalen Einwanderer“. Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.

Totgesagte leben länger. Zum 200. Geburtstag von Karl Marx

von Wolfgang Kastrup

Der tote Hund beißt zurück – auch nach 200 Jahren: Die Wiederentdeckung Marx'scher Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie geht einerseits auf die Unfähigkeit bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft zurück, kapitalistische Krisen zu erklären geschweige denn vorherzusagen, siehe die fundamentale Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008. Andererseits ist sie eine Antwort auf die individuellen Leiderfahrungen vieler Menschen, verursacht durch geringe Einkommen, prekäre Jobs, unsichere Lebensplanung, zunehmende Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung, durch den immer stärker werdenden Konkurrenzdruck. Mit der neoliberalen Regulation des Kapitalismus sind diese Leiderfahrungen vieler Menschen intensiver geworden. Die Marx'sche Ökonomiekritik bietet Erklärungsansätze, die heute wieder von Interesse sind.

Der rote Faden, der das Werk von Karl Marx insgesamt bestimmt, ist kritische Theorie, in dreierlei Hinsicht: Erstens richtet sie sich gegen die damaligen ökonomischen und gesellschaftlichen Theorien zur Erklärung kapitalistischer Gesellschaften, zweitens gegen die kapitalistischen Verhältnisse selbst und drittens gegen das Alltagsdenken, das diese Verhältnisse als naturwüchsige bzw. natürliche betrachtet. (Vgl. Israel 1985, 10) Für Helmut Reichelt kritisiert Marx „die Wirklichkeit dieses ökonomischen Systems“, ein System voller Widersprüche und Krisen, ein „verselbständigtes Getriebe“, das auch als „verkehrte Welt“ charakterisiert werden könne. (Reichelt 2001, 11) Die Zumutungen kapitalistischer Gesellschaft sind Konsequenzen immanenter Strukturmomente, unterliegen der kapitalistischen Funktionslogik. Natürlich können auch individuelle Fehlentscheidungen in Unternehmungen oder/und der herrschenden Politik verantwortlich sein, im Kern geht es aber um die Konsequenzen einer Produktionsweise, deren Sinn und Zweck die Verwertung von Wert ist. „Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, 529f.) Maßstab der Kritik von Marx ist also nicht ein moralischer Standpunkt oder etwa die For-

derung nach einem ‚gerechten‘ Lohn, sondern es geht um die kapitalistische Funktionslogik, um die Grundstruktur einer Produktionsweise, die die Lebensinteressen der Menschen untergräbt.

Die radikale Kritik von Marx am Kapitalismus möchte ich an einigen zentralen Beispielen deutlich machen.

Entfremdungskritik

Lange verpönt und kritisiert erlebt der Begriff der Entfremdung in den Sozialwissenschaften und der Philosophie als Schlüsselbegriff eine Wiedergeburt. Zwar gibt es den Entfremdungsbegriff nicht erst bei Marx, doch erst mit Marx, von Hegel und Feuerbach beeinflusst, gewinnt der Begriff eine besondere Bedeutung zur Erklärung sozialökonomischer Verhältnisse. Marx unterscheidet in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* von 1844 (veröffentlicht 1932), immer unter der Voraussetzung der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise, vier miteinander zusammenhängende Formen der Entfremdung:

1. Entfremdung zu den eigenen Produkten. Das bedeutet, dass der Produzent über die Gegenstände der eigenen Herstellung keine Verfügung hat, da sie ihm nicht gehören.

2. Entfremdung zur eigenen Tätigkeit (Selbstentfremdung). Die eigene Arbeit

wird ihm fremd, er kann nicht über sie verfügen, da die Arbeit fremdbestimmt ist, unfrei und erzwungen.

3. Entfremdung vom „Gattungswesen“. Ein produktives und sinnvolles Leben im Sinn einer freien und bewussten Tätigkeit ist so nicht möglich, da die Arbeitskraft des Menschen als Ware Mittel zum Zweck kapitalistischer Profiterzielung ist.

4. Entfremdung zu den anderen Menschen. Für Marx ist diese Entfremdung die Konsequenz aus den drei vorhergehenden Formen. Entfremdet arbeitende Menschen verhalten sich gleichgültig zueinander, sie haben keine Kontrolle über ihre Arbeit und die Dynamik des Konkurrenzdrucks verschärft die Arbeitssituation. (Vgl. MEW 40, 510-522)

Diese wirkmächtige Entfremdungskritik aus den Frühschriften von Marx macht deutlich, dass die kapitalistische Produktionsweise die sozialen Verhältnisse, die Sozialbindungen dominiert. Die Entfremdungskritik des sogenannten jungen Marx ist Teil seiner kritischen Theorie und sollte nicht wegen anthropologischer Züge bezüglich des Wesens des Menschen („Gattungswesen“) von dem sogenannten späten Marx des *Kapitals*, wie es Louis Althusser fordert, abgespalten werden: kein Bruch, keine Trennung zwischen Früh- und Spätwerk, sondern Weiterentwicklung, Werkentwicklung.



Rahel Jaeggi und Robin Celikates sehen in dieser Entfremungskritik von Marx „durchgängig zwei Dimensionen [...]: einerseits die Unfähigkeit, über das, was man tut, Kontrolle auszuüben, d.h. individuell oder kollektiv ‚Subjekt der eigenen Handlungen‘ zu sein (das Problem der Ohnmacht); andererseits die Unfähigkeit, sich mit dem, was man tut, und mit denjenigen, mit denen man es tut, sinnhaft zu identifizieren (das Problem der Verarmung, des Sinnverlusts und der Bedeutungslosigkeit der Welt).“ Es sei eine „Doppelung von Machtlosigkeit und Sinnverlust [...]“ (Jaeggi/Celikates 2017, 81) Wenn diese angesprochene „Doppelung von Machtlosigkeit und Sinnverlust“ ihren Bezugspunkt in der Organisation kapitalistischer Produktion und ihren Widersprüchen sowie des Weiteren in den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen wie politischen Phänomenen hat (z.B. in Ohnmachts- und Feindseligkeitsgefühlen von Individuen und Organisationen gegenüber politischen Prozessen und Personen), so ist die Thematik sehr aktuell. Wird zudem die Deutung des Begriffs in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten als Entwicklungsschritt hin zur Analyse von „Verdinglichung“ und „Warenfetischismus“ im *Kapital* interpretiert und so die entfremdete Arbeit als Kategorie mit der Kategorie der abstrakten Arbeit verbunden, dann zeigt sich hier ein gesellschaftskritisches Potenzial für

die Analyse der Negativität der kapitalistischen Gesellschaft.

Fetischisierte Verhältnisse

Der Begriff des Fetischismus ist deshalb wichtig, weil damit „die Verzauberung gesellschaftlichen Handelns in Quasi-Natureigenschaften der Dinge“ (Erckenbrecht 1976, 107) präzise dargestellt werden kann. Er ist für Marx „unzertrennlich“ mit der Warenproduktion verbunden und entspringt „aus dem eigentümlichen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, welche Waren produziert.“ (MEW 23, 87) Dieser Fetischismus hat also nichts mit dem Fetisch zu tun, der heute im Alltag als Markenfetisch beschrieben wird. Treten gesellschaftliche Beziehungen als dingliche Eigenschaften auf, in einem Prozess der Verdinglichung, und erscheint es quasi-natürlich, dass Arbeitsprodukte Warenform und Wertcharakter annehmen, bedeutet das, dass gesellschaftliche Verhältnisse naturalisiert werden, als natürliche Verhältnisse gesehen werden.

Die Kritik, die im Fetischkapitel von Marx im 1. Band des *Kapitals* zum Ausdruck kommt, ist in zweierlei Hinsicht zu deuten: Einerseits als Kritik gegenüber dem verdinglichten Alltagsverstand, andererseits aber immer auch als Kritik gegenüber den Vertretern der politischen Ökonomie.

Der Warenfetisch wird bei Marx noch ergänzt um den Geld- und Kapitalfetisch. Der Geldfetisch erscheint als „gesellschaftliche[s] Naturereignis“ wird von Marx als „sichtbar gewordne“ Gestalt des Warenfetischs gesehen. (Ebd., 107f.) Der Kapitalfetisch wird im dritten Band des *Kapitals* entwickelt. Diesen Kapitalfetisch, „Geld heckendes Geld“ (Marx, MEW 25, 405) kennzeichnet er folgendermaßen: „Im zinstragenden Kapital erreicht das Kapitalverhältnis seine äußerlichste und fetischartigste Form. Wir haben hier G-G', Geld, das mehr Geld erzeugt, sich selbst verwertender Wert, ohne den Prozeß, der die beiden Extreme vermittelt.“ (Ebd., 404) Der vermittelnde Prozess, im „Kaufmannskapital“ als G-W-G' dargestellt, fällt hier also weg. Die „beiden Extreme“ sind G-G', Geld schafft folglich mehr Geld. „Es verdreht sich auch dies: Während der Zins nur ein Teil des Profits ist, d.h. des Mehrwerts, den der fungierende Kapitalist dem Arbeiter auspreßt, erscheint jetzt umgekehrt der Zins als die eigentliche Frucht des Kapitals, als das Ursprüngliche, und der Profit, nun als die Form des Unternehmergewinn verwandelt, als bloßes im Reproduktionsprozeß hinzukommendes Accessorium und Zutat. Hier ist die Fetischgestalt des Kapitals und die Vorstellung vom Kapitalfetisch fertig.“ (Ebd., 405) Die Vorstellung also, dass das Kapital als die eigentliche Quelle der Wertschöpfung gesehen wird und nicht



mehr die durch die Ware Arbeitskraft geschaffene Mehrwertproduktion des kapitalistischen Produktionsprozesses. Der Fetischismus geht aus der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und der diese Struktur reproduzierenden Handlungen hervor. Es sind die fetischisierten gesellschaftlichen Verhältnisse, die nach Marx die Handlungen der Mitglieder der Gesellschaft beeinflussen.

Mehrwertproduktion durch Ausbeutung der Arbeitskraft

Eine weitere Einsicht bezieht sich auf die angesprochene Mehrwertproduktion und damit auf die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital, ohne die eine Gewinn- bzw. Profitmaximierung nicht möglich ist. Die Mehrwertrate dient Marx dabei als Maßstab für den „Exploitationsgrad“ der Arbeitskraft. „Da der Wert des variablen Kapitals = Wert der von ihm gekauften Arbeitskraft, da der Wert dieser Arbeitskraft den notwendigen Teil des Arbeitstags bestimmt, der Mehrwert seinerseits aber bestimmt ist durch den überschüssigen Teil des Arbeitstags, so folgt: Der Mehrwert verhält sich zum variablen Kapital, wie die Mehrarbeit zur notwendigen, oder die Rate des Mehrwerts $m/v = \text{Mehrarbeit} / \text{Notwendige Arbeit}$. [...] Die Rate des Mehrwerts ist daher der exakte Ausdruck für den Exploitationsgrad der Arbeitskraft durch das Kapital oder des Arbeiters durch den Kapitalisten.“ (MEW 23, 231f.) Mit der Mehrarbeit wird ein Mehrprodukt erzeugt mit dem entsprechenden Mehrwert, der wiederum Voraussetzung für den Gewinn/Profit ist. Ziel jeder kapitalistischen Produktionsweise ist es, den Profit zu erhöhen. Das Problem liegt nicht in der persönlichen Gier des Kapitalisten, sondern es ist die Funktionslogik der ökonomischen Verhältnisse (Rentabilität der Produktion, Zwang zum Wachstum, in der Konkurrenz mit anderen Kapitalisten lohnende, d.h. gewinnbringende Preise zu erzielen), die diese Gier in diesem System geradezu notwendig machen. Dazu gehört, dass die Lohnkosten natürlich der Rentabilität der Produktion gegenübergestellt werden, denn diese wird nicht nur in ihrer

Normalität und Natürlichkeit nicht infrage gestellt, sondern wird als Teil des Allgemeinwohls angesehen, dem sich alle unterzuordnen haben. Die Warenproduktion dient als Mittel für den Verwertungsprozess des Geldes, der immer größeren Anhäufung von Geldkapital. Deshalb können auch nicht die Bedürfnisse der Menschen entscheidend in diesem System sein, wenngleich dies in den Lehrbüchern der Ökonomie immer angeführt wird und vom Alltagsbewusstsein der Menschen häufig gefordert wird, begleitet von der dunklen Ahnung, das dem nicht so ist.

„Naturnotwendigkeit“ kapitalistischer Produktion

Eine vergleichbare Natürlichkeit im Sinne einer Quasi-Naturnotwendigkeit beschreibt Marx mit der „trinitarischen Formel“ am Ende des 3. Bandes im *Kapital*. Kapital, Boden und Arbeit (in der Wirtschaftswissenschaft auch als „Produktionsfaktoren“ bezeichnet) würden in der bürgerlichen Ökonomie als ‚naturnotwendig‘ angesehen, die Quellen des Reichtums seien voneinander unabhängige Größen. Für die Besitzer von Kapital, Grundeigentum und Arbeit sehe das so aus, als erhielten sie für den Einsatz ihres jeweiligen Produktionsfaktors, den diese der Ware an Wert zugesteuert hätten, ein entsprechendes Einkommen. Zwischen Arbeit und Lohnarbeit werde dabei kein Unterschied gesehen (vgl. MEW 25, 833). So entsteht also der Schein, die Mystifikation, als seien der Zins von Kreditgebern und der Gewinn von Unternehmern, die Rente des Grundeigentümers und der Lohn des Arbeiters nichts anderes als der in Geld ausgedrückte Anteil am gesamten Produkt, der ihnen gerechterweise zukomme. Heutige Lehrbücher der Wirtschaftswissenschaft verkünden genau diese Ideologie von den „drei Produktionsfaktoren“ Arbeit, Boden und Kapital. Es ist dieser Schein, diese Mystifikation, die Marx auch als weitere Form des Fetischismus bezeichnet.



Kapitalistische Produktionsverhältnisse, von Marx in ihrem idealen Durchschnitt betrachtet, erscheinen so als sachliche und natürliche Gegebenheiten, in denen die Historizität des gesellschaftlichen Produktionsprozesses nicht mehr aufscheint. Obwohl alle Menschen im Kapitalismus diesem Fetischismus unterliegen, liegt der Inhalt dieser trinitarischen Formel – also der ideologische ‚Glaube‘ an die Lehre von den drei Produktionsfaktoren – im Interesse derjenigen, die von dieser Mystifikation den Nutzen ziehen: die Klassen der Kapital- und Grundeigentümer. Dass diese kapitalistischen Verhältnisse als „Naturnotwendigkeit“ gesehen werden, um daraus eine natürliche Berechtigung der „Einnahmequellen“ abzuleiten und zu einem „Dogma“ zu erheben, darin liegt ihr Interesse. (Vgl., Marx, MEW 25, 839) Das heißt aber nicht, dass dieses „Dogma“ Ewigkeitswert hat, denn dieser Schein, diese Mystifikation, diese Verkehrung können durch Erfahrung und Reflexion durchbrochen werden.

Was bleibt zum 200. Geburtstag?

Das Werk von Karl Marx, und hier insbesondere sein Hauptwerk *Das Kapital*, zeichnet sich durch eine radikale Kritik am Kapitalismus aus. Für Michael Heinrich, einem der tiefsten Marx-Kenner im deutschsprachigen Raum, enthält dieses Hauptwerk „die radikalste Kritik am Kapitalismus, die jemals unternommen wurde.“ (Heinrich 2017a, 71) Aber Heinrich macht auch deutlich, dass das *Kapital* noch „unfertig“ ist. „Dies gilt nicht bloß in dem banalen Sinn, dass sich der Kapitalismus weiterentwickelt und dass daher immer wieder Aktualisierungen oder Ergänzungen notwendig sind. Das *Kapital* ist bei wichtigen theoretischen Grundfragen, wie etwa der Kredit- oder

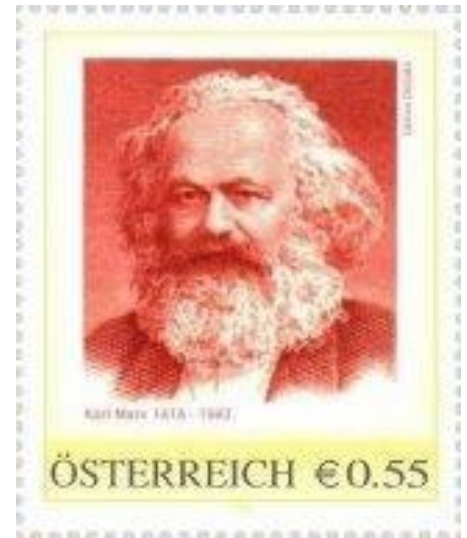
der Krisentheorie noch unfertig.“ (Heinrich 2017b, 433)

Die Auseinandersetzungen um sein Werk beinhalten sicherlich eine unendliche Geschichte. Der Streit um seine Theorie, um die ‚richtige‘ Auslegung, hat Generationen von Teilnehmer*innen von Kapitalschulungen beschäftigt und ist von ‚Marxologen‘ immer wieder befeuert worden. Von der bürgerlichen Wissenschaft wurde und wird sein Werk vielfach totgeschwiegen oder deshalb in Abrede gestellt, weil sonst die Kategorien der eigenen Wissenschaft untergraben würden. Vielleicht auch, weil die Marxsche Theorie als Provokation empfunden wird.

Der Marxismus war in der Vergangenheit nicht nur Herrschaftskritik, sondern auch dogmatische, kanonisierte und autoritäre Herrschaftspolitik, Parteidogmatismus. Einen solchen Dogmatismus, eine solche Kanonisierung hat Marx selber immer wieder abgelehnt, und es hätte auch seinem Anspruch auf wissenschaftliche Auseinandersetzung widersprochen. Nicht umsonst soll er, laut Friedrich Engels, von sich selber gesagt haben, dass er kein Marxist sei. Ein solcher Dogmatismus, eine solch kanonisierte Wissenschaft wird autoritär und untergräbt die eigenen Grundlagen und ist deshalb für eine theoretische Weiterentwicklung nicht zu haben. Deshalb verursachte der Marx-Ismus auch fundamentale Probleme. Aber: Mit dem Marxismus ist eine Forschung verbunden, um Gegenstände und Prozesse nicht nur der kapitalistischen Produktion, sondern auch der entsprechenden Lebenswelt in ihrer Widersprüchlichkeit zu durchdringen. Es geht dabei um die Funktionslogik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der Verwertung von Wert, dem ökonomische wie gesellschaftliche Prozesse wie Be-

reiche in ihrer historischen Dynamik immer mehr unterworfen wurden und heute werden (u.a. durch Privatisierung und Kommerzialisierung). Mit dem Zwang zur Verwertung und Akkumulation ging und geht das Kapital vielfach rücksichtslos über die Interessen und Bedürfnisse der Menschen und über die lebendige Natur hinweg. Die dabei entstehenden kleinen wie großen Wirtschafts- und Finanzkrisen zeigen in ihrer zerstörerischen politischen, sozialen wie ökologischen Kraft, dass diese Krisen keine Unfälle sind, die man durch neoliberale oder keynesianische wirtschaftspolitische Maßnahmen vermeiden kann. Diese Konzepte haben vielfach ihre Unfähigkeit bewiesen. Das Prinzip der Gewinn- bzw. Profitmaximierung durchdringt nicht nur alle ökonomischen wie gesellschaftlichen Bereiche, es untergräbt auch die eigenen Bedingungen für diese Gewinn- bzw. Profitmaximierung. Krisen können in ihrer zerstörerischen Kraft durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zwar etwas entschärft werden, auch dies zeigt die vergangene Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/8, kontrollieren und verhindern kann das Kapital und die herrschende Politik sie nicht.

Der Marxschen Theorie geht es um die Emanzipation der Menschen vom Kapitalismus, sie ergreift Partei für die Überwindung von Klassenverhältnissen. Damit geht es um die strukturelle Transformation kapitalistischer Produktions- und Lebensverhältnisse, um die produktive Aneignung dieser Verhältnisse durch die Menschen. Dies schließt die Emanzipation der Menschen von Herrschaftsverhältnissen ein. Damit sind theoretische wie praktische Fragestellungen verbunden, auf die noch Antworten gefunden werden müssen.



Literatur

Erckenbrecht, Ulrich 1976: Das Geheimnis des Fetischismus, Frankfurt/M. u. Köln.

Heinrich, Michael 2017a: Marx, Leben und Werk. Ein Interview von Jérôme Skalski, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 111, S. 67-72.

Heinrich, Michael 2017b: 150 Jahre „Kapital“ – und kein Ende, in: Prokla 188, S. 421-434.

Israel, Joachim 1985: Der Begriff der Entfremdung, Reinbek bei Hamburg.

Jaeggi, Rahel/Celikates, Robin 2017: Sozialphilosophie, München.

MEW 23: Marx, Karl 1971: Das Kapital, Bd. 1 [n.d.4.Aufl.v.1890], Berlin.

MEW 25: Marx, Karl 1971: Das Kapital, Bd. 3 [n.d.1.Aufl.v.1894], Berlin.

MEW 40: Marx, Karl 2012: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844 [zuerst 1932], 3. überarbeitete u. erweiterte Auflage, Berlin, S. 465-588.

Reichelt, Helmut 2001: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Neuaufgabe, Freiburg/Br.



Klaus Holz / Heiko Kauffmann
und Jobst Paul (Hg.)

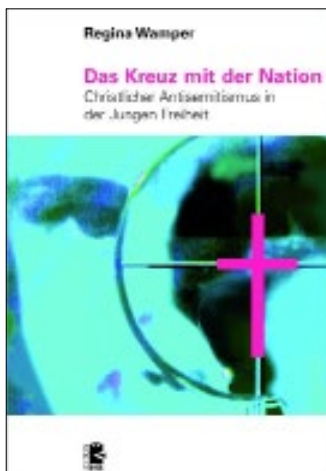
Die Verneinung des Judentums

Antisemitismus als religiöse
und säkulare Waffe



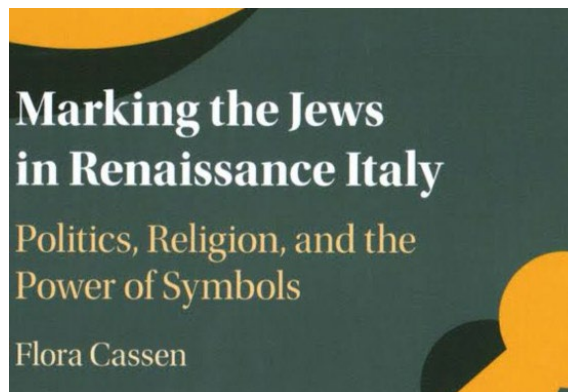
K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
Edition DISS Band 18
208 Seiten, 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung Junge Freiheit eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.



Stigmatisierung als flexible ökonomische Ressource

Flora Cassen, *Marking the Jews in Renaissance Italy: Politics, Religion, and the Power of Symbols*. Cambridge: Cambridge University Press, 2017. 300 pp. \$99.99 (cloth), ISBN 978-1-107-17543-3.¹

Was ursprünglich vom römischen Lateralkonzil von 1215 ausging und was das Naziregime 1939 bzw. 1941 mit technokratischem Zynismus aufgriff, breitete sich als Praxis, ob nun über gelbe Hüte oder gelbe Stoffmarken, auch in den italienischen Städten der Renaissance aus – die öffentliche Markierung von Juden. In ihrer Untersuchung *Marking the Jews in Renaissance Italy: Politics, Religion, and the Power of Symbols* versucht Flora Cassen, das soziale Geschehen dieser Exklusion in konkreten Kontexten, d.h. anhand von Archiven und Aufzeichnungen zu dokumentieren.

Nach einem Überblick über die unmittelbaren Folgen der Bestimmung des Laterankonzils im mittelalterlichen Europa wendet sie sich den unterschiedlichen Modellen zu, die Städte wie Mailand und Genua, aber auch eine ganze Provinz wie Piemont-Savoyen installierten, um ihre eigene jüdische Bevölkerung oder aber reisende Juden erkennbar zu machen. Auf Seiten der Obrigkeiten spielten dabei wechselnde religiöse, ökonomische und politische Motive ineinander, auf der anderen Seite reagierten darauf einzelne Juden bzw. jüdische Gemeinden wiederum unterschiedlich. Grund dafür waren die unterschiedlichen sozialen und politischen Strukturen.

¹ Ich stütze mich auf die Rezension von Cornelia Aust (Leibniz Institute of European History), <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=51007> [accessed 29.05.2018]

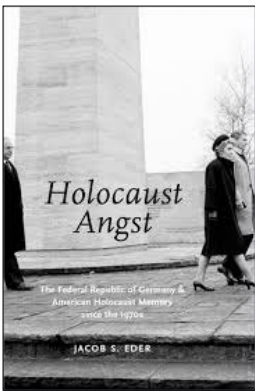
Noch im Mailand des 15ten Jahrhunderts z.B. konnten weder der Stadtrat noch christlich-religiöse Eiferer den Fürsten bewegen, die Juden zum Tragen einer Markierung zu zwingen. Noch war die jüdische Gemeinde stark genug, das zu verhindern. Als Mailand jedoch im 16. Jahrhundert den Spaniern zufiel (die die Juden aus Spanien vertrieben hatten), konnten sich reiche Juden freikaufen, während der armen jüdischen Bevölkerung, vor allem den Männern, gelbe Hüte aufgezwungen wurden.

In Piemont versuchte die jüdische Gemeinde als Einheit aufzutreten, um mit Abgaben die schlimmsten Demütigungen zu verhindern. Daraus entwickelten die Obrigkeiten schließlich aber eine regelrechte Einnahmequelle, bis die Gemeinde zerfiel und letztlich wie in Mailand der Willkür ausgesetzt war.

In Genua wiederum wohnten offiziell gar keine Juden. Stattdessen wurden einzelne jüdische Gelehrte oder Geldhändler, die sich dort zeitweise niederließen, zum Ziel derselben Taktik wie in Mailand und Piemont: Sie hatten Abgaben dafür zu entrichten, nicht stigmatisiert zu werden, oder mussten die Stadt verlassen.

Cassen weist nach, wie sich die Praxis der Markierung von Juden zur flexiblen ökonomischen Ressource verfestigte, bzw. wie Juden durch das Instrument der Markierung immer mehr der Stigmatisierung und Verfolgung ausgesetzt wurden, um das von ihnen erpresste Steueraufkommen ständig zu erhöhen. Dieses Muster galt freilich nicht nur für das Italien der Renaissance: Die deutschen Kleinstaaten praktizierten diese Strategie noch bis zur Reichsgründung im Jahr 1870.

Jobst Paul



Restriktion, Abwehr, Umschreiben: Kohls Angst vor der Geschichte

Jacob S. Eder, *Holocaust Angst: The Federal Republic of Germany and American Holocaust Memory since the 1970s*. Oxford: Oxford University Press, 2016. 320 pp. \$35.00¹

Der Jenaer Historiker Jacob S. Eder arbeitet ein in Deutschland eher undeutlich wahrgenommenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte auf, nämlich die Reaktion der politischen Eliten Westdeutschlands, und insbesondere der Regierung Kohl, auf die Aufarbeitung des Holocaust und des NS in den USA.

Zweifellos wurde Westdeutschland vom wissenschaftlichen, medialen und publizistischen Aufbruch überrascht, der sich zu Beginn der 1970er Jahre in der USA abzeichnete. Überlebende des

¹ Ich stütze mich auf die Rezension von Deborah Barton (Université de Montréal) [<https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=50061>]. Vgl. auch Jacob S. Eder, *What West Germany Got Wrong About the U.S. Holocaust Memorial Museum*. In: *TIME* 05.08.2016 [<http://time.com/4437822/germany-holocaust-memorial-museum/>] [accessed 28.05.2018]

Holocaust meldeten sich dort zu Wort und rückten das jüdische Leiden ins öffentliche Bewusstsein, nicht zuletzt über Fernsehserien (Holocaust), die 1978/79 schließlich auch in Deutschland liefen.

Im Anschluss fürchteten akademische und ökonomische Führungskreise in Westdeutschland nicht nur eine Belastung des Verhältnisses zu den USA und einen Image-Schaden für die deutsche ‚Erfolgsgeschichte‘, sondern auch eine Einengung der deutschen außenpolitischen Handlungsfreiheit. Mit dem Antritt der Regierung Kohl (1982) – so weist Eder nach – wurden diese Ängste zentraler Teil der politischen Agenda: Kohl versuchte, die Macht über die ‚Erzählung‘ zurückzugewinnen und mit den USA auf Augenhöhe zu agieren. Auch wenn der peinliche und umstrittene Bitburg-Auftritt Kohls und Reagans (1985) aus dieser Perspektive zumindest stringent anmutet, führt Eder den Leser durch die Stationen des Scheiterns der Strategie Kohls bis hin zum erzwungenen Abschied von ihr.

Auf dieser Strecke finden sich spannende historische Lehrstücke. So zeichnet Eder den hinhaltenden, Jahrzehnte langen deutschen Widerstand gegen die

Errichtung des United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) und die deutschen Einflussnahmen auf die permanente Ausstellung der Einrichtung nach. Nicht weniger instruktiv sind die Einblicke in Versuche der Kohlberater Michael Stürmer und Werner Weidenfeld und des deutschen Forschungsministers Heinz Riesenhuber, die US-Wissenschaft für ein genehmes Deutschlandbild zu gewinnen. Nachhelfen sollte dabei die Gründung des German Historical Institute Washington DC (seit 2002 Max Weber Stiftung) und die Einrichtung von drei Centers of Excellence for German Studies in Harvard, Berkeley und Washington. Die erhoffte politische Einflussnahme allerdings misslang.

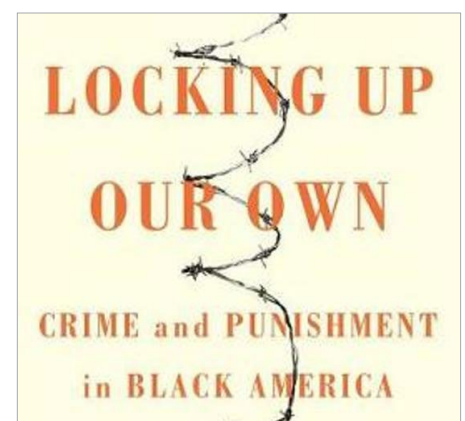
Und schließlich – so Eder im abschließenden Kapitel – führten Neo-Nazi-Gewalt in Deutschland, aber auch weitere NS-Aufarbeitungen wie Spielbergs Film *Schindler's List* und Goldhagens *Hitler's Willing Executioners* zu einer – noch immer gefährdeten – Umkehr der Perspektive und der Einsicht, dass die Identität Deutschlands nur über die Konfrontation mit dem Holocaust glaubwürdig vertreten werden kann.

Jobst Paul

Die USA als carcereal state – oder: Rassismus als flexible diskursive Ressource

Gibt es einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Rassismus und dem Status der USA als Gefängnisstaat (carcereal state)? Wollte das weiße Amerika mit der Null-Toleranz-Strategie die Errungenschaften der Civil-Rights-Bewegung aushebeln? James Forman Jr., ein früherer Pflichtverteidiger und nun Yale-Rechtsprofessor, nähert sich in *Locking Up Our Own: Crime and Punishment in Black America* dem Thema der heutigen Masseneinkerkerung vor allem von schwarzen US-Bürgern mit Erfahrungen aus erster Hand und mit Zugang zu authentischen Quellen.

Mit Blick auf die Entwicklung vor allem in Washington DC von 1970 bis heute verweist er auf einen komplexen diskursiven Prozess, in dessen Zentrum die umstrittene Tatsache steht, dass viele schwarze Führer und ihren Gemeinden die Null-Toleranz-Strategie ursprünglich unterstützten. Angesichts der wachsenden Gewalt in den schwarzen Wohnquartieren hofften sie darauf, dass die Vernachlässigung dieser Quartiere durch die höheren Verwaltungen endlich ein Ende habe – ihre Zustimmung zur Null-Toleranz-Strategie ging mit der Forderung nach gezielten



James Forman Jr., *Locking Up Our Own: Crime and Punishment in Black America*. New York: Farrar, Straus and Giroux, 2017. 320 pp. \$27.00 (cloth).

Bildungs-, die Berufs- und Wohnprogrammen einher. Sie forderten - mit anderen Worten - die Einlösung der Inhalte der civil-rights-Bewegung.

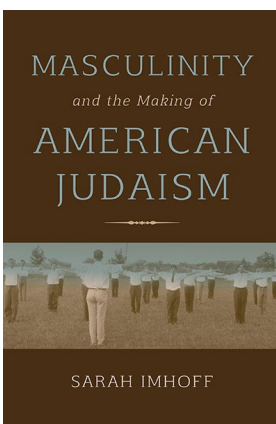
Beginnend mit der Reagan-Ära wurde daraus etwas ganz anderes: Die überwiegend weißen Verwaltungen legten die Gemeindesprecher schwarzer Wohnquartiere auf ihre Zusage zur Null-Toleranz-Strategie fest, ließen aber den anderen Teil der Forderungen immer mehr unter den Tisch fallen. Auf diese Weise wurden diese Sprecher zunehmend in eine unangenehme Lage gebracht und unter Zugzwang gesetzt.

Forman weist diese Entwicklung anhand zweier Stränge nach, nämlich beim Kampf gegen den Marijuana-Massenkonsum und gegen die Verbreitung von Schusswaffen in den 70er und 80er Jahren. In beiden Fällen entwickelte sich ein lang anhaltender Prozess, während dessen viele schwarze Führer die Verengung nicht erkennen konnten, in die sie ein ganz offensichtlich rassistisches Kalkül hineintrieb. Die heutige Massenverurteilung von Schwarzen konnten sie nicht absehen: Längst sind zu Drogenmissbrauch und Schusswafendelikten viele andere Gründe hinzugekommen, wegen denen so viele schwarze

US-Bürger verurteilt werden. Für Forman steuert die Lage auf einen schmerzhaften Wendepunkt zu. Der Erkenntnis des Unrechts werden, so konstatiert Forman zum Schluss, für die US-Gesellschaft Jahrzehnte der Aufarbeitung folgen, und für viele Gefangene Jahrzehnte einer vielleicht nur potenziellen Heilung.

Jobst Paul¹

¹ Ich stütze mich auf die Rezension von Brandon T. Jett (Rollins College), <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=50327> [accessed 29.05.2018]



Christliche Männlichkeit und jüdische Erfahrung

Sarah Imhoff, *Masculinity and the Making of American Judaism*. Bloomington: Indiana University Press, 2017. vii + 300 pp. \$38.00 (paper)¹

Wie hängen jüdische Identität, Männlichkeit und Amerika zusammen? Sarah Imhoff legt in ihrer mehrdimensionalen und daher komplexen Untersuchung *Masculinity and the Making of American Judaism* die knappe Periode zwischen 1900 und 1924 zugrunde.

Ausgangspunkt Imhoffs ist die von der christlichen Mehrheitsgesellschaft in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts gesetzte, rassistisch unterlegte Rollenvorstellung des (weißen, christlichen) ‚Mannes‘ als eines einsamen, selbstbeherrschten, in die Wildnis ausschweifenden Wolfs. In welcher Weise haben jüdische Männer, denen zugeschrieben wurde, dieser Rollenerwartung grundsätzlich nicht entsprechen zu können, auf sie reagiert?

Im Hauptteil ihrer Arbeit antwortet

Imhoff auf diese Frage mit einer Fülle von Fallstudien, die gerade angesichts unterschiedlichster jüdischer Entwürfe von Männlichkeit die Widersprüchlichkeit des Männlichkeitskonzepts des weißen christlichen Amerika enthüllen. Zunächst erweist sich die stereotype Erwartung als gegenstandslos, nach der dem starken, muskulösen, patriotischen Christen, wie ihn die YMCA-Bewegung des 19. Jahrhunderts propagierte, der Intellektualismus jüdischer Männer gegenüber gestanden sei. Stattdessen stellt Imhoff vielfältige jüdische Programme vor, in deren Zentrum männliches Krafttraining und Gesundheitsvorsorge standen und keineswegs Buchgelehrsamkeit.

Aber einflussreiche jüdische Lehrer, wie der aus Fürth in die USA emigrierte K. Kohler, konnten den Spieß auch umdrehen: Wenn Vernunft (und Universalismus) männliche Eigenschaften waren, dann konnten Juden das Judentum als rationale und damit männliche Religion verstehen. Das Christentum mit seinem Schwerpunkt auf Affekt und Gefühl wäre dann eine eher weibliche, unberechenbare Religion. Im Hintergrund solcher Thesen müssen nicht zuletzt die antisemitischen

Erfahrungen vieler jüdischer Einwanderer, vor allem von jüdisch-russischen Flüchtlingen gesehen werden, die den Pogromen in Russland entkommen waren und von den Führern des sogenannten Galveston Movement an New York vorbei in weniger riskante Siedlungsgebiete geschleust wurden.

Zugleich konnten jüdische Männer anderen Stereotypen kaum entkommen. So sorgten spektakuläre Verbrechen jüdischer Täter, wie die des Nathan Freudenthal Leopold Jr., des Richard Albert Loeb und des Leo Frank dafür, dass antisemitische Zuschreibungen wie jüdische ‚Degeneration‘, Schwäche, Abweichung neue Nahrung erhielten.

Indem Imhoff den Leser durch eine Vielzahl von kontrastiven Aspekten führt, kann sie abschließend den eigentlichen Punkt ihrer Arbeit hervorheben und das Resümee ziehen, dass die jüdische Erfahrung mit dem Konzept der christlich-weißen Männlichkeit nicht wirklich etwas anfangen konnte, sich ihm gegenüber – als Quelle von anti-jüdischen Stereotypen und daher als Quelle von Gefahr – aber stets verhalten musste, wie auch immer.

Jobst Paul

¹ Ich stütze mich auf die Rezension von Jennifer Caplan (Towson University) [<https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=50827>][accessed 28.05.2018]

Öffentliche Debatten um Meinungsfreiheit und Medien in Deutschland

Anmerkungen zum kommenden DISS-Colloquium (23.-25.11.2018)

von Regina Wamper

*Die politische Kultur in Deutschland ist in einen Kampf um mediale Wahrheit verwickelt. Was gilt als „Real News“ und was als „Fake News“? Oftmals findet die Auseinandersetzung darüber im Rahmen einer binären Inszenierung statt, in der tatsächliche Probleme der gegenwärtigen Medienproduktion unter den Tisch fallen. Gleichzeitig bilden diese Probleme allerdings auch ein Substrat, auf dem politische Akteur*innen versuchen, unter dem Schlachtruf der Meinungsfreiheit reaktionäre politische Ideen durchzusetzen. Mit diesem Spannungsfeld wird sich vom 23. bis 25. November 2018 das Kooperationscolloquium des DISS in der Würzburger Akademie Frankenkarte beschäftigen.*

Ausgerechnet der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer SE, Mathias Döpfner kritisierte jüngst in einem Gastbeitrag für das Deutschlandradio-Programmheft¹ die Zunahme von Falschmeldungen. Unter dem Titel „Die Lüge ist Alltag geworden“ mahnt er eine Gefahr für die Demokratie durch digitale (!) Fake News an. Dies sei ähnlich bedrohlich wie „Revolutionäre auf der Straße“ oder eine putschende Bundeswehr.

Der Döpfnersche Gastbeitrag illustriert eindrucksvoll eine neue Umgangsform hegemonialer Medien mit Fake News. Als deren Urheber gelten ‚Extremisten‘, rechte, linke wie palästinensische und freilich auch Russland, und als deren Transporteure Facebook und Co. Zensur, beziehungsweise die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch ebendiese Transporteure sei allerdings keine Lösung für dieses „komplexe, gesellschaftliche Problem“. Gefragt seien stattdessen Journalist*innen mit „Mut zur Wahrheit“, ein Slogan, der inzwischen doch recht unangenehm an *Junge Freiheit*, AfD und *Compact News* erinnert. Ge-

fragt seien Journalist*innen, die ihr Handwerk beherrschten, eine „saubere, harte Recherche“. In diesem Sinne sei etwa natürlich die Nationalität eines überführten Straftäters zu nennen, „ganz gleich, welche Konsequenzen eine Enthüllung zeitigt“. Alles andere sei Erziehung der Leser*innen, quasi ideologisch, jedenfalls kein seriöser, unabhängiger Journalismus.

Kulturkampf um Meinungsfreiheit

Döpfners Gastbeitrag kann vor dem Hintergrund eines aktuellen kulturpolitischen Kampfes um *Meinungsfreiheit* bzw. um *mediale Wahrheit* gelesen werden. Auffallend ist dabei, dass die Debatten mit einem hohen Maß an Binarität geführt werden. Die einen bescheinigen hegemonialen Medien Unabhängigkeit, Seriosität und Objektivität, und auch Medienvertreter*innen inszenieren sich als Produzent*innen von ‚Real News‘ und kontern nicht selten gegen Anwürfe vor allem aus den Sozialen Medien mit dem Schlagwort der ‚Fake News‘. Währenddessen werden denselben Medien von anderer Seite in kampagnenartiger Weise Begriffe wie ‚Lügenpresse‘, ‚Lückenpresse‘ und ‚Political Correctness‘ entgegenschleudert. Einerseits drohen angesichts dieser bi-

nären Inszenierung tatsächliche Probleme bürgerlicher Medien unter den Tisch zu fallen. Denn zweifelsfrei handelt es sich bei diesen Medien nicht um „ideologiefreie“ Projekte, der Kampfbegriff der Objektivität ist deshalb nicht nur unter diskurstheoretischen Gesichtspunkten abzulehnen. Zweifelsfrei werden Sagarkeitsräume in bürgerlichen, wie auch allen anderen Medien ausgeweitet und eingeschränkt, wir können hier von Prozeduren der Selbstzensur sprechen. Ebenso zweifelsfrei gibt es staatliche Eingriffe in die Pressefreiheit, Stichwort: Akkreditierungen z.B. beim G20 in Hamburg. Auch haben wir es mit einem digitalen und neoliberalen Umstrukturierungsprozess in der Medienlandschaft zu tun, der sich durchaus auf den Journalismus und die in ihm agierenden Personen auswirkt.

Andererseits aber sind es genau diese Probleme, die dazu genutzt werden, um mit dem Schlachtruf der *Meinungsfreiheit* reaktionäre politische Ideen durchzusetzen. Heute sind es vor allem extreme rechte Gruppierungen und Parteien, die den Begriff der *Lügenpresse* einsetzen und damit eine spezifische Umdeutung des Begriffs der *Meinungsfreiheit* herbeiführen. Inhaltlich geht es dabei jedoch vor allem um die Abwehr von Kritik. Nicht nur wird der Begriff der *Meinungsfreiheit* als *Kritikfreiheit* verstanden, sondern die Kritik an diskriminierenden Aussagen selbst wird als Diskriminierung gedeutet. Auf diese Weise werden aber Diskriminierende zu Diskriminierten. Diese Täter-Opfer-Umkehr bewirkt, dass diskriminierende Rede nicht mehr als solche wahrgenommen wird, und führt gleichzeitig zu einer Stigmatisierung von Diskriminierungskritik. Kritische Positionen werden mit dem Stigmawort der *Political Correctness* belegt und von rechten Gruppierungen und

¹ Mathias Döpfner: „Die Lüge ist Alltag geworden“, in: Deutschlandradio-Programmheft, Juni 2018, S. 14.

Parteien als Ausdruck linker Meinungshegemonie gedeutet, die gebrochen werden müsse.

Nun agiert die politische Rechte aber nicht im luftleeren Raum. Debatten um Diskriminierung, freie Meinungsäußerung und *Political Correctness* finden auch im politischen Mainstream statt. Auch diese Debatte offenbart ein *bestimmtes* Verständnis von Meinungsfreiheit und von Kritik. Meinungsfreiheit erscheint auch hier oftmals als Gut, das die Äußerung einer Meinung deckt, jedoch nicht die Kritik an Meinungsäußerungen. Kritik wird in dieser Perspektive mit Zensur gleichgesetzt. Und Zensur wird ebenfalls unterstellt, wenn im Sinne der Stigmawörter *Lückenpresse* oder *Lügenpresse* ausbleibende Berichterstattung zu einem Ereignis eingefordert wird.

Beispiel Kriminalitätsberichterstattung

Vor allem in Zusammenhang mit der Kriminalitätsberichterstattung taucht der Vorwurf der *Lücken- und Lügenpresse* häufig auf. Leitmedien und vor allem öffentlich-rechtliche Medien werden dann zur Berichterstattung aufgefordert, wenn es sich bei Tatverdächtigen um Menschen mit Migrationshintergrund handelt. Und sie werden dazu aufgefordert, den Migrationshintergrund zu benennen, auch wenn sie dabei gegen ihre eigenen Leitlinien agieren würden.

Beispielhaft können die medienpolitischen Diskussionen rund um die Tötungsdelikte in Freiburg 2016 und Kandel 2017

genannt werden. Den öffentlich-rechtlichen Medien wurde damals vorgeworfen, nicht oder nicht ‚objektiv‘ darüber berichtet zu haben. Die Reaktion der Medien auf diese Kritik war vorwiegend defensiv. Man habe sich nichts vorzuwerfen, schließlich habe man in etlichen anderen Fällen die Herkunft von Tatverdächtigen ja genannt. Solche Argumentationen deuten auf eine Verschiebung des Referenzrahmens hin, denn damit wird als Maßstab einer fairen Berichterstattung nicht mehr eine antidiskriminierende Praxis, sondern der Bruch mit ihr anerkannt. Auch hier gilt die Meinungsfreiheit als das maßgebliche Argument. In einigen Fällen führte der politische Druck dieser Argumentation zu einer Berichterstattung, die nur dann von Tötungsdelikten und Beziehungstaten berichtet, wenn Tatverdächtige einen Migrationshintergrund hatten. Meinungsfreiheit und Transparenz werden so als positive Werte gegen antidiskriminierende Grundsätze ausgespielt.

Verunsicherung der Medien

Im Hinblick auf einen befürchteten Legitimitätsverlust ist sowohl beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen als auch innerhalb der Print-Leitmedien eine enorme Verunsicherung zu beobachten. Immerhin

Im Rahmen des Colloquiums wird der Status Quo analysiert, um darauf aufbauen Wege eines kritischen Umgangs mit der heutigen Medienberichterstattung erarbeiten. Mehr Infos gibt es beim DISS sowie der Akademie Frankenwarte Würzburg. Konditionen und verbindliche Anmeldung online unter: www.frankenwarte.de

hat es sich als erfolgreiches Mittel rechter Akteur*innen erwiesen, exorbitante Bedrohungen mit Hilfe von Fake News zu inszenieren und damit bürgerliche Medien unter erheblichen Druck zu setzen.

Diskurstheoretisch gesehen blendet die dichotome Fremdzuschreibung von Fake News und die Selbstzuschreibung von Real News aus, dass auch Qualitätsjournalismus in herrschende, gegebenenfalls exkludierende und diskriminierende Diskurse eingebettet ist und dass er diese in der Berichterstattung reproduziert. Auch wenn es derzeit auf der Hand liegt, in welcher Weise und mit welchen Folgen durch bewusst lancierte Fake News Manipulationen betrieben werden, heißt das im Umkehrschluss nicht, dass Real News wertfrei seien und nicht beeinflussen. Auch Leit-Medien geben Deutungsmöglichkeiten und Sichtweisen vor, ordnen Ereignisse politisch ein und legen Lösungsstrategien nahe. Auch heißt das nicht, dass Leit-Medien frei von Fake News wären. Allerdings drängt derzeit die rechte Strategie, die Medien in eine binär ausgerichtete Verteidigungsstrategie zu treiben, erfolgreich die medienkritische Arbeit der vergangenen Jahrzehnte an den Rand und vermutlich aus dem öffentlichen Bewusstsein.

Neu: DISSLit

Offenes Portal für ein- und weiterführende Forschungsliteratur. Literaturlisten zu ausgesuchten Stichworten. Oder: Lasst uns nicht immer wieder von vorn anfangen.

Die Breite der übergreifenden Arbeitsschwerpunkte und Themen, die uns im DISS am Herzen liegen und deren Bearbeitung wir auch fördern wollen, ist enorm. Zugleich lebt eine innovative Forschungspraxis vom Fokus auf auffällige Einzelphänomene, von Perspektivwechseln, von überraschenden Fragestellungen und von der Verknüpfung von Aspekten.

Am Beginn steht freilich stets die Einarbeitung in den Gang der Forschung und in den heutigen Forschungsstand – und damit die Suche nach ein- und

weiterführender Literatur. Das Ergebnis sind oft spannende Literaturlisten zu Einzelaspekten, Begriffen und Namen, die Forschende erarbeiten, die aber einen Nachteil haben – die Listen drohen gerade im Bereich gedruckter, nicht-digitaler Wiedergabe oft vergessen zu werden und verloren zu gehen.

Mit DISSLit richten wir daher ein Offenes Portal für ein- und weiterführende Forschungsliteratur ein, zu dem Forschende Literaturlisten aus ihrer Arbeit und zu ausgesuchten Stichworten beisteuern, sie anderen Forschenden zur Verfügung

stellen oder ggf. bestehende Listen ergänzen und aktualisieren. Willkommen sind auch Links zu spezialisierten, bibliographischen Online-Datenbanken.

Die Listen sollten max. 60 Titel umfassen und als einfache docx-Dateien übersandt werden. Die Betreuung des Portals hat unser Mitarbeiter Jobst Paul übernommen (Einsendungen an jobst-paul@diss-uisburg.de). Derzeit umfasst DISSLit Literaturlisten zu über 25 Stichworten.

Online: www.diss-uisburg/disslit